

Nach der politischen Wende von 1989/90 ist es jetzt erstmals möglich, die sicherheitspolitischen und militärischen Maßnahmen auch der östlichen Seite zu untersuchen. Ein Forschungsteam aus den alten und neuen Bundesländern analysiert im vorliegenden Band auf breiter Quellenbasis und unter Auswertung der Archivbestände der ehemaligen DDR die politische Entscheidungsfindung für die Jahre von 1947 bis 1952 und die wirtschaftlichen Folgen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR.

Inhalt:

B. Thoß: Die Sicherheitsproblematik im Kontext der sowjetischen West- und Deutschlandpolitik 1941-1952.

K. Arlt: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) im Spannungsfeld zwischen den Beschlüssen von Potsdam und den sicherheitspolitischen Interessen Moskaus 1945-1949.

W. Eisert: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948-1952.

R. Wenzke: Auf dem Wege zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53.

T. Diedrich: Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkung auf die Wirtschaft.

Umschlagbilder:

Militärhistorisches Museum Dresden, Fotothek

Links: Aufmarsch zum 1. Mai 1949 in Riesa (oben); Waffenübergabe an eine Grenzpolizei-Bereitschaft im Land Sachsen-Anhalt 1948 (unten).

Rechts: Wilhelm Pieck bei der VP-Bereitschaft Großenhain 1950

VOLKSARMEE SCHAFFEN –
OHNE GESCHREI!

Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!

Beiträge zur Militärgeschichte

Herausgegeben vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Band 51

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!

Studien zu den Anfängen einer
›verdeckten Aufrüstung‹ in der SBZ/DDR
1947–1952

Im Auftrag des
Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
herausgegeben von

Bruno Thoß

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Volksarmee schaffen – ohne Geschrei!: Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952 / im Auftr. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes
hrsg. von Bruno Thoss. – München : Oldenbourg, 1994
(Beiträge zur Militärgeschichte ; Bd. 51)
ISBN 3-486-56043-3
NE: Thoss, Bruno [Hrsg.]; GT

© 1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Militärgeschichtliches Forschungsamt, Freiburg i.Br.
Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56043-3

Inhalt

Vorwort.....	9
Einführung.....	11
Bruno Thoß	
Die Sicherheitsproblematik im Kontext der sowjetischen West- und Deutschlandpolitik 1941–1952.....	23
1. Die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik als »ideologischer Realismus«	24
Ideologische Vorgaben und Widersprüche.....	26
Instrumente des außen- und sicherheitspolitischen Handelns	27
2. Dauerhafte Weltordnung oder Koalition auf Zeit? Die Grundlegung der Nachkriegsordnung im Zweiten Weltkrieg.....	29
Mißtrauische Partnerschaft: der Verdacht gegen ein Doppelspiel des Westens.....	30
Die sowjetischen Kriegsziele: unbedingte Sicherheit und globale Eben- bürtigkeit	31
Die Rolle Deutschlands im sowjetischen Sicherheitskalkül	35
3. Von der Kooperation zur Konfrontation: der Bruch der Kriegskoalition und der Übergang zum Kalten Krieg 1945–1947	40
Das Streben nach maximaler Sicherheitsbefriedigung: Potsdam 1945	42
Das Anwachsen der Spannungen im Ost-West-Verhältnis 1945/46	50
Das Entscheidungsjahr 1947.....	59
4. Der Kampf gegen die Schaffung eines Westblocks und die Herausbildung der Zweistaatlichkeit in Deutschland 1948/52.....	65
Kampf gegen und Vorbereitung auf die Doppelstaatsgründung in Deutschland 1948/49	66
Strategien zur Verhinderung einer militärischen Westintegration der Bundesrepublik 1949/50	74
Zwischen deutschlandpolitischer Offensive und »Aufbau des Sozialismus« in der DDR 1951/52.....	82
Schlußbetrachtung	87
Kurt Arlt	
Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) im Spannungsfeld zwischen den Beschlüssen von Potsdam und den sicherheitspolitischen Interessen Moskaus 1945–1949.....	91
Einleitung.....	91

1. Sowjetische Planungen und Vorbereitungen für ein Nachkriegsdeutschland	93
Jalta und Potsdam als Leitlinien künftiger sowjetischer Besatzungspolitik	93
Vorläufige Besatzungsorgane bis Kriegsende	96
Kriegsbeute — ein Wettlauf mit der Zeit	99
2. Die sicherheits- und militärpolitische Praxis der SMAD im Interesse von »Entmilitarisierung, Demokratisierung und Entnahme zustehender Reparationen« 1945–1947	103
Die Militäradministration wird installiert	103
Die Militärverwaltung auf Landesebene	108
Die Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland	109
Die Kommandanturen — das Symbol der sowjetischen Militärverwaltung	110
Konsequente militärische und wirtschaftliche Entwaffnung?	111
Zur Rolle der SMAD-Organen für innere Angelegenheiten	122
3. Die SMAD unter sich wandelnden sicherheits- und militärpolitischen Zielsetzungen 1947–1949	127
Anpassung an veränderte äußere und innere Bedingungen	127
Von der Entwaffnung zur Aufstellung erster kasernierter Polizeibereit- schaften	131
Sicherheits- und Militärfragen in der Bilanz der SMAD	136

Wolfgang Eisert

Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der

SED-Führung 1948 bis 1952	141
--	------------

Einleitung	141
------------------	-----

1. Die Anfänge sicherheits- und militärpolitischer Überlegungen 1946 bis 1947	142
Erste sicherheitspolitische Vorstellungen entstehen	142
Die Bildung der Deutschen Verwaltung des Innern	148
Die Konkretisierung der politischen Ziele und ihre mögliche bewaffnete Sicherung	157
2. Die ersten sicherheits- und militärpolitischen Aufgabenstellungen und der Beginn der verdeckten Aufrüstung (1948–1949)	160
Die Vorbereitungen zur Verstärkung der Polizeikräfte	160
Die Konferenz von Werder im Juli 1948 und die Aufstellung kasernierter Polizeiverbände	169
Die kasernierten Polizeiverbände im Vorfeld der Gründung zweier deutscher Staaten	178

3. Die Entwicklung des sicherheits- und militärpolitischen Konzepts bei der Vorbereitung des Kurses zum Sozialismus (1949–1952).....	184
Die Gründung der DDR und ihre ersten sicherheits- und militärpolitischen Maßnahmen.....	184
Die Sicherheits- und Militärpolitik nimmt Konturen an.....	195
Schlußbetrachtung	202

Rüdiger Wenzke

Auf dem Wege zur Kaderarmee. Aspekte der Rekrutierung, Sozialstruktur und personellen Entwicklung des entstehenden Militärs in der SBZ/DDR bis 1952/53	205
---	------------

Vorbemerkung	205
--------------------	-----

1. Der personelle Aufbau der Polizei im Kalkül der kommunistischen Machtpolitik (1945/46–1947/48).....	207
Programmatik und Selbstverständnis der KPD.....	207
Das »Klassenprinzip« als Grundlage des personellen Neuaufbaus der Polizei	208
Erste Zentralisierungsmaßnahmen im Polizeiapparat.....	210
2. Der Übergang zur Schaffung eines militärisch orientierten Kaderreservoirs (1948/1949)	214
Die Rekrutierungspolitik der SED zur Aufstellung kasernierter Polizeibereitschaften	214
Wehrmachtoffiziere — Kader der ersten Stunde.....	220
Die Sicherung des Machtmonopols der SED in den bewaffneten Kräften und ihre personalpolitischen Konsequenzen.....	227
Der Befehl Nr. 2 — Grundlage für die größte Säuberungsaktion in der Polizei	231
Polizei und kasernierte Truppen vor der Gründung der DDR	236
3. Die HVA als »Kaderschmiede« zur Herausbildung einer militärischen Führungsschicht in der DDR (1949–1952).....	239
Auffüllung, Formierung und Ausbildung des Personalbestandes der HVA.....	239
Der Typ des »Arbeiter-Offiziers«. Zur Sozialstruktur und politischen Zusammensetzung der neuen HVA-Kader	249
4. Die militärischen Kader im Aufstellungsprozeß »nationaler Streitkräfte« (1952/1953).....	261
Die Personalwerbung als »wichtigste Aufgabe im gegebenen Moment«	261
Kaderentwicklungen im Rahmen neuer Streitkräftestrukturen bis zur Schaffung der NVA	265

Torsten Diedrich

**Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den
Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft273**

Vorbemerkungen273

1. Zur Herausbildung und Finanzierung der materiellen Sicherstellung der
militärischen Polizeiformationen von 1948/49 bis Anfang 1952278
- Die Anfänge der Versorgung von bewaffneten Einheiten278
- Der Beginn der Rüstungsgüterproduktion290
- Rückwirkungen auf die Wirtschaftskraft 1948 bis 1951301
2. Militarisierung und ökonomische Krise 1952/53 in der DDR.....306
- Die Militarisierung nach der 2. Parteikonferenz und ihre Kosten306
- Die Militarisierung als wesentliche Ursache der Krise von 1953.....326

Abkürzungsverzeichnis337

Literaturverzeichnis341

Personenregister.....353

Die Autoren359

Vorwort

Zeiten des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs waren traditionell auch für die Geschichtswissenschaft von besonderen Herausforderungen begleitet. Wo Vertrautes wegbrach, verlangte die Öffentlichkeit nach Begründungen, dem heraufziehenden Neuen und seinen Unsicherheiten gegenüber suchte sie nach Orientierungen. Sinndeutungen über die miterlebten Beschleunigungen im historischen Prozeß hatten und haben an solchen Epochenwenden Hochkonjunktur. Gerade an den Zeithistoriker mit seiner Nähe zum kurz zurückliegenden Geschehen werden dabei Erwartungen herangetragen, die ihm Chancen und Risiken gleichermaßen eröffnen. Das gilt insbesondere dann, wenn — wie nach dem Ende des Kalten Krieges seit 1989 — eine ganze Staatenwelt zusammenbricht und damit in ihren Gesellschaften Hoffnungen und Ängste in einem Ausmaß freigesetzt werden, die aus historischer Perspektive nach Wegweisung für eine unübersichtliche Gegenwart und in eine unsichere Zukunft hinein verlangen.

Da im Gefolge der mittel- und osteuropäischen Umbrüche 1990 nicht nur die deutsche Frage gelöst werden konnte, sondern mit der Einbindung der neuen ostdeutschen Länder in die NATO und der Auflösung des Warschauer Paktes zudem die Sicherheitsstrukturen in Europa neu zuordnen waren, sah sich auch die deutsche Militärgeschichtsschreibung vor eine Standortbestimmung gestellt. Ihre Bildungsaufgabe im Rahmen der Bundeswehr verlangte ihr rasch greifbare Orientierungshilfen über die Nationale Volksarmee und deren Paktsystem ab, um die Integration eines Teiles ihrer Angehörigen in die neuen gesamtdeutschen Streitkräfte zu erleichtern. Gleichzeitig eröffnete ihr der Zugang zu den historiografischen Quellen der ehemaligen DDR wie zu Beständen in Moskauer Archiven völlig neue Möglichkeiten zur Grundlagenforschung über den Kalten Krieg und die Rolle beider deutscher Staaten darin.

Gerade weil die Militärhistoriker auf beiden Seiten — wenn auch entsprechend ihrer gegensätzlichen Wissenschaftstraditionen auf unterschiedliche Weise — in die geistigen und ideologischen Auseinandersetzungen des Ost-West-Konflikts nach 1945 eingebunden waren, galt es nunmehr, der Versuchung zu widerstehen, in selbstzufriedener Siegerattitude den Zugriff auf die jetzt mögliche Deutung von Konfliktursachen und -verlauf einseitig zu okkupieren. Im Gegensatz zum bisherigen westöstlichen Gegeneinanderforschen entschloß sich das Militärgeschichtliche Forschungsamt daher nicht nur zur Erweiterung seiner Forschungsanstrengungen zur westdeutschen und westeuropäischen Nachkriegsgeschichte auf die Militärgeschichte der ehemaligen DDR und des Warschauer Paktes; mit der Übernahme des Militärgeschichtlichen Instituts in Potsdam wurde auch ein Teil seiner Forschungskräfte in diese gesamtdeutsch ausgeweiteten Forschungsanliegen einbezogen. Damit sollte nicht nur auf wissenschaftliche Erfahrungen zurückgegriffen werden, die von westdeutschen Militärhistorikern erst in einem zeitrau-

benden Nachholprozeß zu gewinnen waren; es sollte auch bei allen Risiken einer Zusammenarbeit aus so weit auseinanderliegenden Forschungsvoraussetzungen ein Signal für den Willen zum geistigen Zusammenwachsen gesetzt werden.

In Weiterführung der Erfahrungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes mit seinen Großprojekten über die westdeutsche Sicherheitspolitik und die Geschichte der NATO ist auch die eingeleitete Erforschung von NVA und Warschauer Pakt chronologisch-systematisch angelegt. Der Streitkräfteaufbau in beiden deutschen Staaten und die Integration beider Bündnisarmeen in ihre jeweiligen Militärallianzen setzt mit ihren vorprägenden und dauerhaft weiterwirkenden Vorphasen ein und verankert diese immer auch zugleich in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der sie umgebenden Systeme. Dadurch wird eine doppelte Grundlage für die künftige Erforschung der deutschen Militärgeschichte in der Nachkriegszeit angestrebt: Aus den gegeneinander gerichteten und doch gleichzeitig charakteristisch aufeinander bezogenen Aufrüstungsbemühungen in Ost und West wird die Basis für einen historischen Vergleich gelegt, der den Beitrag der Deutschen zum Kalten Krieg trennschärfer fassen lassen soll, als dies bisheriger Forschung erreichbar war. Daneben werden schon in den Entstehungsgeschichten beider deutscher Armeen die Strukturen und Rahmenbedingungen analysiert, ohne deren Kenntnis weder die Geschichte von Bundeswehr und NATO noch von NVA und Warschauer Pakt verstehbar sind.

Mit dem vorliegenden Band aus der Reihe »Beiträge zur Militärgeschichte« eröffnet das Militärgeschichtliche Forschungsamt eine lose Folge von Publikationen zum Themenkomplex »Sicherheitspolitik der SBZ/DDR und der Warschauer-Pakt-Staaten«. Im vorliegenden Werk wird den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR bis 1952/53 nachgegangen. Ein Anschlußprojekt über die folgende Phase des Aufbaus einer Kaderarmee, der Kasernierten Volkspolizei (1952–1955/56), ist eingeleitet. Daneben stehen eine Bibliographie zum militärhistorischen Schriftgut über die Sicherheits- und Militärpolitik der SBZ/DDR von 1945 bis 1990 sowie ein erster Quellenband zur Vorgeschichte der NVA für die Jahre 1945 bis 1956 unmittelbar vor dem Abschluß. Erste Detailstudien zum Bild der NATO in den Warschauer-Pakt-Staaten sind ebenfalls in Angriff genommen. Damit ist die Hoffnung verbunden, durch wissenschaftliche Aufklärung auch einen militärhistorischen Beitrag zum besseren Verständnis der jeweils anderen Seite in der Zeit der deutschen Spaltung zu leisten und dadurch den Prozeß der inneren Einheit im vereinten Deutschland zu fördern.

*Dr. Günter Roth
Brigadegeneral und
Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes*

Einführung

Die Geschichtsschreibung zum Kalten Krieg, dem Rahmen für die deutsche Aufrüstung in Ost und West, emanzipierte sich über Jahrzehnte hinweg nur mühsam von ihren tagespolitischen Vereinnahmungen wie von der Zeit- und Standortgebundenheit ihrer Autoren. Die Annahme von einer als total verstandenen Konfrontation antagonistischer Weltsysteme verlieh dem Ost-West-Konflikt neben seiner politisch-strategischen zugleich die Dimension einer gesellschaftlich-geistigen Auseinandersetzung, in der schließlich auch seine Interpretation »notwendigerweise ein Bestandteil des Konflikts selbst« wurde¹. So nimmt es nicht wunder, wenn die Neubewertung seiner Ursachen und Verlaufsformen in der neueren Forschung erhebliche Impulse aus der beginnenden internationalen Entspannung seit Ende der 60er Jahre empfing. Die Rekonstruktion des Kalten Krieges als Prozeß der wechselseitigen Eskalation in einem bipolaren internationalen System profitierte dabei wesentlich von der Öffnung der Archive bei den westlichen Konfliktbeteiligten, die erstmals den Blick auf die eigentlichen Motivstrukturen der Handelnden freizugeben begann. Gerade wenn man den Ost-West-Konflikt jedoch als wechselseitiges Hochschaukeln begriff, litt die Analyse bei aller Verfeinerung des methodischen Instrumentariums weiterhin unter den extrem restriktiven Zugangsbedingungen zu den östlichen Quellen.

Das traf ganz besonders auf Forschungen zur Genesis der deutschen Spaltung und der damit eng verzahnten Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands zu. Da die frühzeitige Einbeziehung der Deutschen in die militärischen Planungen auf beiden Seiten unzweifelhaft zu den verschärfenden Faktoren des Kalten Krieges zählte, war sie von Beginn an begleitet von einer heftigen Kontroverse darüber, wer dazu als auslösender Teil in West oder Ost die Initiative ergriffen hatte. Diese Tendenz zur gegenseitigen Schuldzuweisung durchzog speziell Arbeiten zur Vor- und Frühgeschichte der NVA über Jahrzehnte hinweg bis zu ihrer Selbstauflösung. In der westdeutschen Literatur setzte sich zunächst die Auffassung eines Autorenteam's durch, das in seiner mehrfach neu aufgelegten Gesamtdarstellung letztlich bereits in der Aufstellungsphase ostdeutscher Polizeikräfte 1945/46 versteckte militärische Ansätze sah. Sie seien mit dem Ausbruch des Kalten Krieges ab 1947/48 nur weiter konkretisiert worden und ab 1952 in die Aufstellung einer Kaderarmee, der Kasernierten Volkspolizei (KVP), eingemündet².

Die extensive Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über eine Entmilitarisierung Deutschlands durch die sowjetische Besatzungsmacht wie die beschränkte Aufgabenteilung und Bewaffnung der ersten Polizeikräfte — zunächst mit Knüppeln, zuneh-

¹ Loth, Der Kalte Krieg, S. 155.

² Vgl. Forster, NVA.

mend mit Handfeuerwaffen — ließen späteren Deutungen freilich eine so frühzeitige militärische Orientierung zweifelhaft erscheinen. Aus dieser Sicht löste vielmehr erst der Umschlag der Ost-West-Spannungen zum Kalten Krieg 1947/48 sowjetische Maßnahmen zur Herauslösung militärisch verwendbarer Bereitschaften aus der allgemeinen Polizei in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) aus, die in Ausbildung, Gliederung und Ausrüstung eindeutig als Kader einer künftigen Armee zu erkennen waren³.

Demgegenüber wurden im 1958 gegründeten Militärgeschichtlichen Institut der DDR anfangs zur Vorgeschichte der NVA nur einige wenige Fachstudien für den internen Dienstgebrauch angefertigt, die zudem als Verschlusssachen teilweise bis in die 80er Jahre nur mit Sondergenehmigung einsehbar waren⁴. Nach außen hin hielt man dabei strikt an der Version fest, daß die DDR erst als Reaktion auf den NATO-Beitritt der Bundesrepublik ab 1955/56 eigene Maßnahmen zur Aufstellung von Streitkräften im Rahmen des Warschauer Paktes eingeleitet habe. Intern gestand man dagegen ein, daß die SED-Führung seit 1948/49 schrittweise an die »praktische Lösung der Militärfrage« gegangen sei und dazu ab 1952 eine »Politik der Wehrhaftmachung« betrieben habe, bei der aber »ausdrücklich [...] der Polizeicharakter der bewaffneten Kräfte gewahrt« worden sei⁵.

Zunehmende Probleme bereitete freilich seit den 70er Jahren das Traditionsbedürfnis in Truppenteilen, die bereits zu Zeiten der Polizeibereitschaften oder der KVP aufgestellt worden waren. In der ersten öffentlichen Darstellung zur NVA-Geschichte behalf man sich deshalb mit der definitorischen Unterscheidung einer »Organisierung des bewaffneten Schutzes« in den Jahren 1949 bis 1955 und einem »Aufbau des militärischen Schutzes« erst ab 1955/56⁶. Die Fiktion einer zur inneren Sicherheit geschaffenen KVP und einer erst im Rahmen des Warschauer Paktes aufgestellten NVA als äußerer Schutzvorkehrung behielt die DDR-Geschichtsforschung kaum modifiziert bis 1989 bei⁷, obwohl die Akten der Vorläuferorganisationen HVA und KVP von Anfang an nicht bei den Polizeibeständen des Innenministeriums, sondern im Militärarchiv der DDR aufbewahrt wurden⁸!

In dieser Forschungssituation lösten die Reformbewegungen in Osteuropa und insbesondere in der Sowjetunion seit Mitte der 80er Jahre berechnete Hoffnungen auf eine Liberalisierung des wissenschaftlichen Austausches in den Ost-West-Beziehungen aus. Zusätzliche Erwartungen knüpften sich nach dem Wegfall der Systemgrenze in Deutschland 1989/90 insbesondere an die erheblich erweiterten Möglichkeiten, die sich gerade der Geschichtswissenschaft durch den Prozeß der deutschen Einigung erschlossen. Die ungelöste deutsche Frage hatte als eine der Hauptbelastungen die Geschichte des Kalten Krieges durchgängig mitbeeinflusst. Ihre Lösung öffnete jetzt geradezu auf einen Schlag den direkten Zugang zu den Archiven der ehemaligen DDR und damit

³ Vgl. Wettig, Überlegungen, und Fischer, Anfänge.

⁴ Beispielhaft dafür: »Für den zuverlässigen Schutz der Deutschen Demokratischen Republik« sowie »Zur geschichtlichen Entwicklung und Rolle der Nationalen Volksarmee«. Letztere Studie war als »Vertrauliche Verschlusssache!« eingestuft und wurde erst 1987 vom Direktor des Instituts zur allgemeinen Einsichtnahme freigegeben.

⁵ Zur geschichtlichen Entwicklung und Rolle der Nationalen Volksarmee, S. 13 ff.

⁶ Militärpolitik für Sozialismus und Frieden, S. 22–34 bzw. 35–70.

⁷ Vgl. Armee für Frieden und Sozialismus sowie Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED.

⁸ Vgl. Nationale Volksarmee. Militärarchiv der DDR, Berlin (Ost) o. J., S. 3 f.

erstmals die Chance, vom exemplarischen deutschen Streitpunkt her bisherige Forschungsergebnisse zum Ost-West-Konflikt nach 1945 auf wesentlich verbreiteter Quellenbasis neu zu hinterfragen.

Neben ihrer schriftlichen Überlieferung hinterließ die Wende von 1989 einer neuen gesamtdeutschen Geschichtsforschung freilich auch zwei Probleme: den Umgang der Historiker untereinander und mit einer Geschichtsbetrachtung aus konträren Wissenschaftstraditionen. Die Versuchung war groß, mit dem untergegangenen System auch seine Historiographie als Systemwissenschaft und »Magd der Politik einer Parteilique«⁹ pauschal »abzuwickeln«. Schließlich hatten sich die ostdeutschen Historiker nicht nur während der Wende ausgesprochen zurückgehalten; sie schienen auch danach die Chance zur Selbstreinigung für den Geschmack einer kritischen Öffentlichkeit eher halbherzig aufzugreifen¹⁰.

Pauschalisierende westdeutsche Kritik, erste Erfahrungen ehemaliger DDR-Wissenschaftler mit ihrer Evaluierung und die Auflösung ganzer Forschungsbereiche und Institute weckten umgekehrt den Verdacht bei den Betroffenen, daß nicht an gemeinsame Überprüfung und Neubewertung herangegangen, sondern ein einseitiger wissenschaftlicher Kahlschlag eingeleitet werden sollte. Besorgt konstatierte ein amerikanischer Fachkollege schon Ende 1990 speziell für die Geschichtsforschung der DDR die Gefahr eines möglichen generellen »Absturz[es] aus der Vorzugsstellung von Priestern der SED in die Schurkenrolle der stalinistischen Kollaborateure«¹¹. Unter solchen Begleitumständen des Einigungsprozesses, die gerade bei jüngeren ostdeutschen Wissenschaftlern zusätzlich von einschneidenden Problemen der beruflichen Um- und Neuorientierung begleitet waren, litt und leidet bis heute der Prozeß einer kritischen Selbstfindung selbst bei denen, die 1989/90 durchaus offen und selbstkritisch an eine Bestandsaufnahme ihres Faches herantreten waren¹².

Mindestens ebenso dringlich stellte sich andererseits die Forderung nach Aufarbeitung einer Vergangenheit, von der besonders die Geschädigten des Systems Aufschluß über und — wo immer möglich — Genußtun für den Unrechtscharakter der SED-Herrschaft verlangten. Gleichzeitig erwartete die wissenschaftliche Öffentlichkeit Antworten auf die vielen offenen Fragen der DDR-Geschichte, die wegen des verordneten und praktizierten Parteilichkeitsprinzips wie der extremen Geheimhaltungspraxis speziell bei der Erforschung der Nachkriegszeit bisher unbeantwortet oder verzerrt geblieben waren. Bei allem antagonistischen Gegeneinander der Systeme waren im übrigen gerade in Deutschland Menschen und Strukturen selbst in den Jahren des Kalten Krieges in einem dialektischen Wechselverhältnis von »Verflechtung und Abgrenzung« aufeinander bezogen geblieben. Deshalb kann in Zukunft eine Überprüfung der ostdeutschen Teilgeschichte nicht ohne Rückwirkungen auf eine ebenfalls zu überarbeitende deutsche Gesamtgeschichte der Nachkriegszeit bleiben¹³. Unter so vielfältigen Herausforderungen müssen schließlich

⁹ So der Präsident der Historiker-Gesellschaft der DDR, Scheel, auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung am 10. 2. 1990 in Berlin, in: Militärgeschichte, 29 (1990), S. 317.

¹⁰ Vgl. Krise — Umbruch — Neubeginn.

¹¹ So Jarausch in: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität, S. 13.

¹² Vgl. dazu generell Kocka, Auswirkungen.

¹³ Darauf verweist neuerdings zu Recht Kleßmann, Verflechtung, S. 30–41, und benennt dazu erste Themen und Untersuchungsfelder einer künftigen gesamtdeutschen Nachkriegsforschung.

auch die Prioritäten künftiger DDR-Forschung diskutiert werden, um so unterschiedlichen Bedürfnissen wie den berechtigten Forderungen nach historischer Aufklärung von Unrechtshandlungen, der wissenschaftlichen Aufhellung sogenannter »weißer Flecken« in der Geschichtsbetrachtung der ehemaligen DDR und einer systematischen Aufarbeitung ihrer Gesamtgeschichte in Großforschungsvorhaben¹⁴ gleichermaßen gerecht zu werden.

Da die Sicherheitsfrage in Deutschland zu den zentralen Belastungen der innerdeutschen Verhältnisse wie des Ost-West-Konflikts insgesamt zu zählen war, ließ sich über die NVA-Quellen nunmehr die für Westdeutschland begonnene Grundlagenforschung zur Nachkriegszeit¹⁵ auch auf die Sicherheits- und Militärpolitik der DDR ausdehnen. Zu erwarten war davon in einem ersten Takt eine quellenmäßig wie thematisch verbreiterte Detailforschung zu Aufbau und Entwicklung ostdeutscher Streitkräfte und ihrer Vorläuferorganisationen, die analog zu einem ähnlichen früheren Unterfangen¹⁶ als Grundlage für eine anzustrebende neue Gesamtsicht deutscher Militärgeschichte nach 1945 in vergleichender Absicht dienen sollte.

Da mit der Übernahme ihrer Institutionen auch die zeitlich befristete Weiterbeschäftigung von Militärhistorikern der DDR verbunden war, mußte eine von falsch verstandener Harmonie freie, sachliche Zusammenarbeit angestrebt werden. Es galt, die bisherige Konfrontation in pluralistisch-kritischen Gemeinschaftsprojekten zu überwinden. Der begreiflichen Befürchtung ostdeutscher Historiker, im Einigungsprozeß geradezu »plattgewalzt« zu werden¹⁷, konnte allerdings nicht einfach mit einer voraussetzungslosen Kollegialität begegnet werden. Die Militärgeschichtsforschung in Westdeutschland hatte sich nach 1945 in einem Prozeß der Verwissenschaftlichung ihres Faches zunehmend herkömmlicher Indienststellung für die Zwecke einen praxisorientierten Militärwissenschaft entzogen. Unterließ sie jetzt unter dem Gesichtspunkt eines raschen Zusammenwachsens west- und ostdeutscher Militärhistoriker die klare Positionsbestimmung in einer für ihr Selbstverständnis so essentiellen Fragestellung wie der Zusammenführung einer pluralistischen und einer dem Parteilichkeitsprinzip verpflichteten Forschungstradition, dann leistete sie dem Mißverständnis Vorschub, als habe es sich bei der Militärgeschichtsschreibung in beiden Teilen Deutschlands bisher lediglich um die beiden Seiten ein und derselben Medaille gehandelt.

Eine Bestandsaufnahme der Grundlagen militärhistorischen Arbeitens war auch deswegen unumgänglich, weil sich ostdeutsche Militärhistoriker in selbstkritischer Reflexion schon Anfang 1990 eingestanden hatten, »daß der ideologische Bereich der Armee am stärksten stalinistisch geprägt war«¹⁸. Gerade weil der Prozeß einer wissenschaftlichen Selbstvergewisserung in Ostdeutschland — zunächst noch in der Hoffnung auf ei-

¹⁴ Dazu hat der Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim unter Leitung von D. Staritz eine sechsbändige Gesamtdarstellung zur DDR-Geschichte in Angriff genommen.

¹⁵ Vgl. dazu v.a. das Reihenwerk *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik*.

¹⁶ Vgl. Wettig, *Entmilitarisierung*.

¹⁷ So etwa der Leipziger Historiker Engelmann, *Vae victis*, und die Antwort Webers, *Werden DDR-Geschichtswissenschaft und Marxismus plattgewalzt*.

¹⁸ So der Dresdener Militärhistoriker Lachmann bei einer Diskussion im MGI Potsdam Anfang 1990, in: *Militärgeschichte*, 29 (1990), S. 205.

nen Neubeginn innerhalb einer reformierten DDR¹⁹ — bereits vor der deutschen Einigung in einer respektierheischen Offenheit eingeleitet worden war, verbot sich andererseits eine inquisitorische Siegerattitude, die im undifferenzierten Generalverdacht den Blick dafür verstellte, daß »seit Mitte der siebziger Jahre beachtliche Veränderungen« in der DDR-Geschichtswissenschaft in Gang gekommen waren²⁰. Im übrigen hatten sich jüngere Mitarbeiter der Potsdamer Fachgruppe für NVA-Geschichte selbst die Forderung nach Aufklärung von »weißen Flecken« zu eigen gemacht und darüber inzwischen in beachtenswerten Studien über besonders kontroverse Themen öffentlichen Nachweis geführt²¹. Außerdem brachten sie wertvolle Vorkenntnisse mit, die wegen der Randlage der NVA-Forschung in der Bundesrepublik von westdeutschen Militärgeschichtlern erst in einem langwierigen Nachholprozeß zu erwerben waren.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt stellte sich deshalb den Anforderungen an eine Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte seither vor allem auf zwei Wegen. Auf einer wissenschaftlichen Fachtagung ging es der Wiedereinrichtung der eigenen Fachdisziplin, ihren theoretischen Prämissen und ihrer weiterlaufenden Methodendiskussion in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 nach²². Damit sollte ein Einstieg gewonnen werden, auf dem ein umfassenderes künftiges Projekt über das wissenschaftliche Selbstverständnis, die institutionelle Verankerung und die Forschungsergebnisse der Militärgeschichte im Systemvergleich aufbauen konnten. Parallel dazu wurde die systematische Erforschung der NVA und ihrer Einbettung in den Warschauer Pakt eingeleitet, die sich zunächst in zwei aufeinanderfolgenden Studienbänden Detailfragen ihrer Vorgeschichte zuwandte. Die Bestandsaufnahme der Ziele und Methoden wie die eingeleitete Grundlagenforschung zum Aufbau von Streitkräften in der SBZ/DDR sind beide als Gemeinschaftsprojekte west- und ostdeutscher Militärgeschichtler angelegt. Dadurch soll nicht nur die Forschungserfahrung beider Seiten nutzbar gemacht, sondern auch dem Verdacht einer »Siegerhistorie« entgegengewirkt werden. Das Experimentelle eines derartigen Vorgehens ist den Beteiligten bewußt. Unterschiedliche Wissenschaftsorientierung und Forschungserfahrung in der Vergangenheit blieben denn auch nicht ohne Einfluß auf die vorgestellten Arbeitsergebnisse. Der wissenschaftlichen Öffentlichkeit bleibt es vorbehalten, Erträge und Probleme zu gewichten.

Der Aufbau des Projekts zur NVA-Geschichte orientiert sich an den Phasen der Streitkräfteentwicklung in der SBZ/DDR von ihren Anfängen in den Polizeibereitschaften (1948–1952) über die Ausbildung von Kaderverbänden in der Kasernierten Volkspolizei (1952–1956) bis zum Einbau der NVA als Bündnisarmee in den Warschauer Pakt (1956–1990). Der vorliegende erste Band will auf neuer Quellenbasis die These überprüfen, daß zwischen 1948 und 1952 sicherheitspolitische Vorentscheidungen fielen und militärische Vorarbeiten eingeleitet wurden, die von einer Phase der »verdeckten Aufrüstung« sprechen lassen²³. Alle Einzelbeiträge greifen zwar bis 1945 — im Falle der

¹⁹ Vgl. dazu Hanisch, Aufarbeitung, S. 229–234.

²⁰ So W. Schulze in: Die Zeit, Nr. 36, 1990.

²¹ Vgl. Eisert, Waldheimer Prozesse; Diedrich, Der 17. Juni 1953; Wenzke, Prager Frühling.

²² Die Beiträge der Tagung »Militärgeschichte in Deutschland nach 1945. Ziele und Methoden im Systemvergleich« am 1./2. 10. 1992 in Freiburg sind in MGM, 52 (1993), H. 2, veröffentlicht.

²³ So Fischer, Anfänge, S. 24.

sowjetischen Sicherheitspolitik wegen deren Langfristigkeit bis 1941 — zurück, markieren aber die Verschärfung der Ost-West-Spannungen zum Kalten Krieg 1947/48 als eigentlichen Ausgangspunkt einer militärischen Umorientierung in Teilen der Volkspolizei. Die Zäsur 1952 wurde gewählt, weil die SED nach dem Scheitern der Stalinschen Notenoffensive zur deutschen Frage auf ihrer 2. Parteikonferenz im Juli dieses Jahres öffentlich eine neue Stufe der »Organisierung bewaffneter Streitkräfte« ankündigte²⁴. Die Ausbildung zuverlässiger Führungskader wurde in der Folgezeit im Rahmen der KVP zur Aufstellung und Ausrüstung von militärischen Kaderverbänden erweitert, die ab 1956 den Grundstock für die NVA bildeten.

Ohne den bereits erreichten Zugang zu den osteuropäischen und insbesondere zu den russischen Archiven als den eigentlichen Erben der ehemaligen Sowjetunion geringzuachten, muß man freilich für die Geschichte der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik nach 1945, was die Quellenlage anbelangt, weiterhin mehr Desiderata anmelden, als sich an weiterführenden Antworten bisher aus ersten Einblicken in Moskauer Bestände gewinnen ließ. Entgegen manchen Erwartungen ist die Öffnung der früheren sowjetischen Archive für die Nachkriegszeit — sieht man einmal von ersten Teilbeständen aus den Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) ab — noch kaum vorangekommen. Die Analyse der sowjetischen Motive und Strategien für die ersten Aufrüstungsmaßnahmen in der SBZ/DDR bleibt daher vorläufig noch im wesentlichen auf herkömmliche, seit längerem zugängliche Quellen vorwiegend westlicher Provenienz angewiesen.

Auch die Hoffnungen, den sowjetischen sicherheits- und militärpolitischen Zielsetzungen und Vorgaben indirekt über die SMAD-Akten nachspüren zu können, haben sich nur zum geringeren Teil erfüllt. Zwar waren wichtige Archive — das Zentrale Archiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation in Podol'sk (CAMO RF) und das Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) — bekannt und formal auch zugänglich. Doch konnte das Aktengut nur mit erheblichen Einschränkungen und vielfach unververtretbarem Aufwand gesichtet werden. Neben verständlichen Gründen wie dem schwachen russischen Interesse an der Aufarbeitung der eher marginalen ostdeutschen Aufrüstung angesichts brennenderer Fragen der eigenen Geschichte und der tatsächlich komplizierten Bedingungen bei der Lagerung und Aufbereitung des Archivguts schienen auch fortexistierende staatliche Sicherheitsstrukturen, fehlende Klarheit in den gesetzlichen Regelungen für die Archivbenutzung und nicht zuletzt erkennbare Unsicherheiten über das aus den Akten möglicherweise Zutagegeförderte als Hemmnisse im Spiel zu sein. Daher konnte zwar die Quellenbasis für das Wirken der SMAD als Exekutivorgan der sowjetischen Besatzungspraxis deutlich verbreitert werden; ihre konkrete Rolle bei der Umsetzung von sicherheits- und militärpolitischen Vorgaben der Moskauer Zentrale ließ sich jedoch noch nicht detailgenauer ausleuchten.

Auch die umfassenden Recherchen in den Archiven der ehemaligen DDR zu den Anfängen einer Aufrüstung in der SBZ/DDR dämpften höhergesteckte Erwartungen insbesondere für den Bereich des Zusammenwirkens von sowjetischer Besatzungsmacht

²⁴ Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED, 12. 7. 1952, zit. nach: Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED, S. 123.

und ostdeutschen Mitbeteiligten gerade auf dem Felde der Sicherheits- und Militärpolitik. Das gilt in erster Linie für die Bestände des ehemaligen Militärarchivs der DDR. Sie stellen wohl eine dichte Überlieferung zum Innenleben der entstehenden militärischen Kader ab 1949/50 bereit. Hervorzuheben sind insbesondere die oft sehr detaillierten Unterlagen der Personal- und Kaderverwaltungen der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), der Hauptverwaltung Ausbildung (HVA), der Kasernierten Volkspolizei (KVP) und der Nationalen Volksarmee (NVA); in diesem Kontext in erster Linie das umfangreiche statistische Material, das sich auf Stärkemeldungen, »Kaderüberprüfungen«, Personalerhebungen u. a. konzentriert. Die Fülle dieses Fakten- und Zahlenmaterials läßt indes selbst für den Bereich der Personalplanung noch beträchtliche Defizite und Lücken in der Aktenlage, die vor allem die Bewertung von personalpolitischen Führungsentscheidungen an der SED-Spitze behindern. Hinzuweisen ist auch auf die Schwierigkeiten, die aus Gründen des Datenschutzes bei der Auswertung von »Kaderakten« entstehen.

Die übergeordnete sicherheitspolitische Einbettung militärischen Handelns spiegelt sich in den DDR-Militärakten nur in sehr allgemeinen Zügen wider. Die Abhängigkeit von sowjetischen Vorgaben und die Durchdringung mit Instruktoren der Besatzungsarmee sind offenkundig. Es fehlt dagegen selbst in den Akten der militärischen Führungsorgane ein nach Potentialen und Absichten des Gegners ausdifferenziertes militärisches Lagebild, das über die Annahmen einer prinzipiellen Aggressivität des Westens aus den Parteiverlautbarungen der SED hinausgehen würde. Die Verklammerung von sicherheitspolitischen Vorgaben und ihrer militärpolitischen Umsetzung erfolgte ganz offensichtlich auf der höchsten Parteiebene und auch hier nur im eng begrenzten Kreis weniger Spitzenfunktionäre wie dem stellvertretenden SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht, dem in der Deutschen Verwaltung des Innern für Polizeifragen zuständigen Kurt Fischer und dem späteren Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser.

Doch weder die Nachlässe führender SED-Politiker noch die Protokolle des Parteivorstandes der SED im Zentralen Parteiarchiv — jetzt Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (IGA) — führen wesentlich über den sicherheitspolitischen Erkenntnisstand hinaus, der sich aus den Protokollen der Parteitage und -konferenzen der SED von 1947 bis 1952 herauslesen läßt. Abgesehen von Wilhelm Pieck haben sich die übrigen Spitzenfunktionäre anscheinend strikt an die Weisung gehalten, über Besprechungen und Sitzungen keine über offizielle Besprechungsunterlagen hinausreichenden schriftlichen Aufzeichnungen anzufertigen. Ob die Unterlagen des engeren Führungszirkels, des im Zuge der Stalinisierung der Partei eingerichteten Politbüro, tiefere Einblicke in die sicherheitspolitische Entscheidungsfindung eröffnen, wird sich erst beurteilen lassen, wenn diese Kernbestände des Zentralen Parteiarchivs der Forschung vollständig zugänglich gemacht sind. Leider konnten auch die Akten der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (Archiv des MfS) noch nicht genutzt werden, weil die Aufbereitung der entsprechenden Archivmaterialien für wissenschaftliche Forschungen nicht abgeschlossen ist.

Die Bereiche Rüstungsindustrie und Aufrüstungsfinanzierung gehörten in der DDR-Historiographie zu den Tabuthemen. Der Geheimhaltung durch die SED-Führung entsprechend stellt sich die Quellenlage daher auf diesem Felde kompliziert dar. In dem Bemühen, die Aufrüstung und ihre finanzielle Absicherung zu verschleiern, wurden ihre

Kosten in verschiedenen zivilen Wirtschaftsressorts geplant und abgerechnet, so z. B. Militärbauten im Wohnungsbauprogramm oder Lazarette im Gesundheitswesen. Hinzu kommt, daß Maßnahmen mit militärischem und zivilem Nutzeffekt wie beim Straßenbau oder im Fernmeldewesen schwierig ausdifferenzieren sind. Bestände des Bundesarchivs Potsdam — die Akten des Ministerrats, der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und anderer wirtschaftsleitender Institutionen der SBZ/DDR — sowie die Materialien der Außenstelle Coswig — die Bestände der Staatlichen Plankommission, des Ministeriums für Finanzen und der Deutschen Notenbank — geben aber eine hinreichend breite Materialbasis für die Untersuchung des Rüstungssektors ab.

Unter diesen quellenmäßigen Voraussetzungen suchen die Autoren dieses Bandes die Ansätze zu einer ›verdeckten Aufrüstung‹ in der SBZ/DDR zwischen 1948 und 1952 auf fünf Feldern näher zu beleuchten. Zunächst werden die äußeren Rahmenbedingungen aus der sowjetischen Sicherheits- und Deutschlandpolitik abgesteckt (*Thob*). Daran schließt sich eine Rollenbestimmung der SMAD als Transmissionsriemen des Moskauer Führungswillens in der eigenen Besatzungszone an (*Arlt*). Auf den sowjetischen Vorgaben baut die Sicherheits- und Militärpolitik der SED als ausschlaggebender deutscher Faktor auf (*Eisert*). Ihr Ziel der Schaffung einer »Armee neuen Typs« schlägt sich besonders eindringlich im Bereich der personellen Kaderauswahl nieder (*Wenzke*). Schließlich wird den gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen einer ab 1952 forcierten Aufrüstung im Vorfeld des 17. Juni 1953 nachgegangen (*Diedrich*).

Die Sowjetunion (*Thob*) ging aus dem Zweiten Weltkrieg zwar als dominierende Kontinentalmacht mit globalen Ansprüchen hervor, war sich aber ihrer sicherheitspolitischen Verwundbarkeit aus ökonomischer und nuklearstrategischer Rückständigkeit bewußt. Deshalb blieb sie wohl über das Kriegsende hinaus an entspannten Ost-West-Beziehungen interessiert, um ihre Kriegsgewinne zu konsolidieren und ihren Wiederaufbau abzustützen. Die eigene Imperialismustheorie, die sie durch die Erfahrungen in der Anti-Hitler-Koalition eher bestätigt gefunden hatte, ließ sie aber an einer Sicherheitspolitik der unbedingten Autonomie im osteuropäischen Einflußbereich und der Autarkie in der Verfügbarkeit aller militärischen Mittel festhalten. Wirtschaftliche und technologische Überlegenheit des Westens wie seine »Westblock«-Pläne fügten sich schon zwischen 1945 und 1947 zu einem sowjetischen Bedrohungsszenario, das den weltpolitischen Kontrahenten USA im Gewande seiner Containmentpolitik zu einer offensiven Einkreisungs- und Isolierungsstrategie übergehen sah. Dem suchte die Sowjetunion in Mitteleuropa mit einer deutschlandpolitischen Gegenoffensive zu begegnen, mit der zumindest eine Integration des westdeutschen Potentials in eine westeuropäische Allianzbildung verhindert werden sollte.

Die wachsenden Ost-West-Spannungen mußten sich in dem Moment zum Kalten Krieg verschärfen, als der Westen aus sowjetischer Sicht mit dem Marshallplan seine wirtschaftliche Waffe einsetzte und erste westeuropäische Schritte zum allianzpolitischen Zusammenrücken einleitete, während gleichzeitig die Bizonenbildung auf eine künftige Einbeziehung Westdeutschlands vorausdeutete. Die UdSSR reagierte darauf mit der verstärkten politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Abriegelung ihres osteuropäischen Vorfeldes. In Deutschland verfuhr sie dabei zweigleisig. Um dem erwarteten Einbau Westdeutschlands in die entstehende westeuropäisch-atlantische Allianz gegenzusteuern, setzte sie ihre aktive Deutschlandpolitik fort, forcierte daneben

aber die weitere Konsolidierung der eigenen Besatzungszone für den Fall einer zeitweiligen oder dauerhaften Spaltung Deutschlands.

In diesen Rahmen fügten sich auch die militärischen Aufbaumaßnahmen in der SBZ/DDR seit 1948 ein, die einerseits zur endgültigen Klärung der Machtfrage in ihrer Zone beitrugen, zugleich aber wohl präventiv auf die Bildung eines militärischen Gegengewichts gegen die erwartete westdeutsche Aufrüstung ausgerichtet waren. Die Stufen der ostdeutschen Aufrüstung korrespondierten bis 1952 durchgängig mit dem west- und deutschlandpolitischen Vorgehen der Sowjetunion. Mit ihrem militärpolitischen Voranschreiten förderte sie jedoch ganz gegen ihr sicherheitspolitisches Interesse das, was sie eigentlich verhindern wollte: das allianzpolitische Zusammenrücken Westeuropas, ab 1950 auch unter Einbeziehung Westdeutschlands.

Die SMAD (*Arlt*) übte über mehr als vier Jahre die direkte oberste Gewalt im Osten Deutschlands aus. Ursprünglich als Instrument der UdSSR zur Durchsetzung alliierter Vereinbarungen und selbstredend auch sowjetischer Forderungen gegenüber dem besiegten und besetzten Deutschland geschaffen, übernahm sie vor dem Hintergrund des heraufziehenden Kalten Krieges zugleich die Rolle eines Wegbereiters für die Sonderentwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone. Dazu fielen ihr zunächst die Aufgaben zu, die Entwaffnung der Deutschen zu erzwingen und zu kontrollieren, die extensive Entnahme von Kriegsbeute für den eigenen Wiederaufbau durchzuführen und abzusichern sowie den politisch-gesellschaftlichen Umbau anzuleiten und zugunsten einer dominierenden Rolle der KPD/SED zu steuern. Der sicherheitspolitische Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag dabei bis 1947 auf der Entmilitarisierung, wobei allerdings sorgfältig mit militärischen Forschungseinrichtungen umgegangen wurde, die unter direkter sowjetischer Aufsicht weiterarbeiteten. Auch die deutsche Grenzpolizei mit ihrer Unterstützungsfunktion bei der Überwachung der Demarkationslinie stand in diesen Jahren unter unmittelbarem Kommando der sowjetischen Besatzungstruppen.

Bei der Einleitung erster militärischer Aufbaumaßnahmen wird die Hand der SMAD zwar an allen praktischen Schritten sichtbar. Sie zeigt sich jedoch auf sicherheits- und militärpolitischem Felde als reines Ausführungsorgan der Moskauer Zentrale, ohne daß ihre konkreten Befehle bereits greifbar würden. Deshalb läßt sich aus ihrem Wirken vorerst auch kaum indirekter Zugang zu den dahinterstehenden sowjetischen Einschätzungen und Zielen gewinnen. Der Blick auf die Strukturen und das Innenleben der SMAD macht aber die Handlungsbedingungen und das historische Umfeld der im Osten Deutschlands wirkenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte transparenter. Es wird sichtbar, wie die UdSSR im Rahmen ihrer globalen Politik sicherheitspolitische Interessen in der SBZ durchsetzte, welche Konfliktfelder dabei entstanden und auf welche deutschen Kräfte sie sich stützte. Als getreues Abbild der sowjetischen Gesellschaft jener Jahre ist zudem gerade im sicherheits- und militärpolitischen Bereich die Herausbildung und das Wirken bestimmter Denkstrukturen und Verhaltensmuster in der UdSSR zu verfolgen.

Für die SED-Führung (*Eisert*) bot die schrittweise Verschärfung des Ost-West-Konflikts die Chance, aus dem Schwebezustand herauszukommen, in dem sie Stalins Offenhalten der deutschen Frage aus übergeordnetem Sicherheitsinteresse jahrelang festhielt. Eingebettet in ihre Gesamtpolitik stellt sich ihre Sicherheits- und Militärpolitik gleichzeitig als Bestandteil ihrer Strategie und Taktik zur Eroberung und Sicherung der politischen,

ökonomischen und ideologischen Alleinherrschaft dar. Gestützt auf das Einverständnis und die Hilfe der Sowjetunion, sorgte die SED-Führung konsequent dafür, daß ihre politische Macht gemäß der marxistisch-leninistischen Lehre von der Notwendigkeit der »Verteidigung der sozialistischen Revolution mit bewaffneten Mitteln« unantastbar wurde.

Bis 1947 war ihr allerdings strikte militärische Zurückhaltung auferlegt, um die sowjetische Forderung nach voller Durchsetzung der Potsdamer Beschlüsse in den Westzonen nicht zu konterkarieren. Ab 1947/48 übernahm sie dann die deutschlandpolitische Zweigleisigkeit in Stalins West- und Sicherheitspolitik. Sie bremste deshalb mehrfach den eingeleiteten Sozialisierungskurs ab, um die deutsche Frage offenzuhalten, schuf aber auch militärpolitisch bereits vorbereitende Strukturen für einen künftigen Oststaat. Um die eigene und sowjetische »Friedensoffensive« an die Adresse des bürgerlichen Pazifismus nicht zu stören, bewegte sie sich auf diesem Felde allerdings unter extremer Geheimhaltung. Im Gegensatz zu den früheren Selbstdarstellungen der DDR wurde seit 1948 ein Aufrüstungs- und Militarisierungsprozeß eingeleitet, der seine Fortsetzung in den Anfangsjahren der DDR fand und ihre folgende Geschichte maßgeblich mitprägte. Die sicherheits- und militärpolitischen Aktivitäten gehörten eben nicht nur zur äußeren Bestandssicherung des eigenen Staates; sie dienten vielmehr in wachsendem Maße auch der Unterdrückung und Disziplinierung potentieller und tatsächlicher Regimegegner.

Das Instrument zur Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs in den entstehenden bewaffneten Kräften bildete die Kaderpolitik (*Wenzke*). Sie kann nunmehr erstmals auf der Grundlage gesicherten Zahlenmaterials strukturgeschichtlich ausgewertet werden. Dazu lassen sich für die Vorgeschichte der NVA drei Etappen unterscheiden. In der vorbereitenden Polizeiphase bis 1947/48 wird zwar bereits der eindeutige Zugriff der SED auf Auswahl und Schulung des Personals sichtbar, eine militärische Option läßt sich aber — anders als gelegentlich angenommen²⁵ — noch nicht erkennen. In den nicht zu Unrecht als »Kaderschmieden« bezeichneten kasernierten Bereitschaften entstand dann bis 1952/53 ein personell starkes, militärisches Offizierkorps, das den Nukleus für die späteren ostdeutschen Streitkräfte bildete. Die anschließende Etappe bis 1956 diente unter dem Mantel der KVP dem unmittelbaren Aufbau von Streitkräften und war durch eine bedeutende Vergrößerung des Mannschaftsbestandes sowie durch Anstrengungen zur fachlichen und politischen Qualifizierung der Offiziere gekennzeichnet.

Die Herausbildung einer neuen militärischen Führungsschicht im Osten Deutschlands ab 1948/49 war ein Vorgang, der in der deutschen Militärgeschichte durchaus das Prädikat der Einmaligkeit verdient. In seinem Ergebnis entstand eine neue militärische Elite, die sich nach sozialer Herkunft, Bildungsniveau und politischem Profil grundlegend von bisherigen deutschen Armeen, aber auch bewußt von der später entstehenden Bundeswehr unterschied. Durch eine spezifische Rekrutierungspolitik, die eine gesteuerte Personalauswahl ebenso einschloß wie eine permanente politisch-ideologische Erziehung, Ausbildung und Überwachung, gelang es der SED, die soziale Exklusivität sogenannter »erwünschter Kreise« bei der Schaffung eines neuen Offizierkorps zu überwinden. Bereits 1951 entstammten etwa 90 Prozent des jungen Offizierkorps der Arbeiterschaft. Wegen seiner zunächst mangelnden militärischen Erfahrungen benötigte man zwar an wichtigen

²⁵ So insbes. bei Forster, NVA, S. 18–21.

Schaltstellen noch auf Jahre hinaus »bürgerliche Spezialisten«; ständige »Säuberungen« auf der Grundlage des Befehls Nr. 2/49 sorgten indes dafür, daß unsichere Angehörige eliminiert und die verbleibenden Führungskader zur festen Stütze der SED wurden.

Wissenschaftliches Neuland wurde bei der Aufrüstungsfinanzierung (*Diedrich*) betreten. In der DDR unterlag die Thematik bis 1989 strengster Geheimhaltung, westlichen Historikern mangelte es an Quellen zur Aufdeckung von Strukturen und Finanzmechanismen beim Aufbau und der Ausrüstung militärischer Formationen. Deutlich wird nunmehr, welche hohe Mitverantwortung die Militarisierung in der DDR seit 1952 für die tiefe ökonomische Krise des ostdeutschen Staates trug. Doch bereits vor dieser Zeit erlangte die materielle Sicherstellung der Aufrüstung Priorität vor anderen ökonomischen Interessen. Mit der Zentralisierung der Wirtschaftspolitik in der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) 1947/48 ließen sich rüstungswirtschaftliche Forderungen bevorzugt durchsetzen, sobald die politischen Entscheidungen dafür gefallen waren. Außerdem gelang es mit diesem Instrumentarium, Aufrüstungsmaßnahmen in zivilen Ressorts zu tarnen.

Die Aufrüstung mußte einem ökonomischen System aufgepfropft werden, das noch schwer an Kriegsfolgelasten, Besatzungskosten und Disproportionen aus der Teilung des einst einheitlichen deutschen Wirtschaftsraums laborierte. Konnten bis 1952 die steigenden Aufrüstungskosten durch einen wirtschaftlichen Aufschwung und das Sinken der anderen Belastungen ausgeglichen werden, so überstiegen die Versuche zur Verwirklichung des Militarisierungsprogramms ab 1952 die Möglichkeiten der wenig homogenen Wirtschaft. Die Ausgaben für militärische Zwecke — zum Aufbau von eigenen Streitkräften und von Zweigen einer eigenen Rüstungsindustrie, zur Deckung der fortbestehenden Besatzungskosten sowie zur Befriedigung weiterer sowjetischer Interessen — erlangten 1952 mit 6 Mrd. DM einen Anteil von 20,5 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben. Wirtschaftliche Nebenfolgen wie der Abzug von jungen Arbeitskräften aus der Wirtschaft für die bewaffneten Organe, die Belastung der Außenhandelsbilanz durch Waffen- und Rohstoffimporte oder die Umlenkung von Akkumulationsmitteln von der Konsumgüterindustrie auf den Rüstungsbereich lassen sich erahnen, sind jedoch zahlenmäßig nicht mehr faßbar. Damit war die rasant beschleunigte Aufrüstung 1952/53 eine, historiographisch bislang unterbewertete, Ursache jener ökonomischen Verwerfungen, die sich in den Unruhen des 17. Juni 1953 Bahn brachen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die Forschungen zum Innenleben der entstehenden bewaffneten Kräfte schon für die Zeit bis 1952 erhebliche Erweiterungen des Kenntnisstandes erbracht haben, auf denen sich im Folgeprojekt zur KVP-Phase (1952–1956) aufbauen läßt. Die sicherheitspolitische Einbettung der Militärpolitik in der DDR bleibt dagegen immer noch einem gewissen Grad des Vorläufigen und Spekultativen verhaftet, der sich erst nach einer weiteren Öffnung der Archive in Rußland abbauen läßt. Über ostdeutsche und osteuropäische Archive ist hier kaum weiterzukommen, da alle Aussagen der Archivare darin übereinstimmen, daß bei Auflösung des Warschauer Paktes die entsprechenden Aktenbestände an die damalige Sowjetunion zurückzugeben sein werden.

Für die Unterstützung der bisherigen Forschungsarbeiten gebührt mein Dank zunächst den Archivaren in den verschiedensten Bereichen. Er richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiter des Bundesarchivs, Militärisches Zwischenarchiv, Potsdam (früher: Militärarchiv der DDR), des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam mit seiner

Außenstelle in Coswig und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (ehemaliges Parteiarchiv der SED), schließt aber auch die Sachbearbeiter in den Archiven der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg und der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach ein. Mein besonderer Dank gilt daneben Frau Schwind, Dr. Lang und ihren Mitarbeitern in der Schriftleitung für die Betreuung des Projekts, sein Lektorat und seine technische Umsetzung. Einmal mehr konnte das MGFA außerdem auf die fachliche Beratung durch Herrn Kreuzer vom Oldenbourg Verlag München zurückgreifen.

Bruno Thoß
Herausgeber

Bruno Thoß

Die Sicherheitsproblematik im Kontext der sowjetischen West- und Deutschlandpolitik 1941–1952

Zum Nutzen für die Aufrechterhaltung ihres Selbstbildnisses als einer Friedenskraft und zur Tarnung ihrer sicherheitspolitischen Maßnahmen, aber zum Schaden für eine nüchterne Außenansicht und damit für ihre Einschätzung als verantwortlich handelnde Macht, hat die Sowjetunion über Jahrzehnte hinweg versucht, gerade den sensiblen Bereich ihrer Außen- und Sicherheitspolitik dem unkontrollierten Zugriff der Geschichtswissenschaft zu entziehen, soweit sie nicht ihrem strikten Parteilichkeitsprinzip unterworfen war. Das ist zwar immer nur zu einem Teil gelungen, da eine noch so eingeschränkte Beobachtung von außen, die notwendigen eigenen Kontakte zur Außenwelt und nicht zuletzt die zunehmend verfeinerten Methoden der mit sowjetischen Fragen befaßten Fachwissenschaften doch bereits ein sehr facettenreiches Bild von den politischen Strukturen und den Handlungsmotiven ihrer Führung zu entwerfen vermochten. Die extrem restriktive Handhabung des Quellenzugangs, über die auch die gesteuerten sowjetischen Aktenpublikationen nicht hinwegtäuschen konnten, hat freilich bei aller methodischen Verfeinerung speziell die Geschichtswissenschaft bis heute zu Annäherungen an neuralgische Punkte in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik gezwungen, die sie bei aller Vorsicht und Sorgfalt in der Auswertung und Aussage an fundierten Spekulationen nicht vorbeikommen ließ.

In diese Forschungssituation ist seit den eingeleiteten Reformmaßnahmen — und verstärkt seit den politischen Umbrüchen in der Sowjetunion und in Osteuropa — erhebliche Bewegung gekommen. Sie hat sich aber — das zeigen gerade die Erfahrungen bei einer ersten Auswertung von SMAD-Akten¹ — für den nach wie vor besonders geschützten Bereich der sowjetischen Sicherheitspolitik nach 1945 vorerst noch nicht nutzen lassen. Hier ist die Öffnung der Archive noch kaum vorangekommen. Die Analyse der sowjetischen Motive und Strategien für die ersten Aufrüstungsmaßnahmen in der SBZ/DDR bleibt daher vorläufig im wesentlichen auf herkömmliche, seit längerem zugängliche Quellen vorwiegend westlicher Provenienz angewiesen.

Das legt ein Vorgehen nahe, bei dem die greifbaren Aussagen führender sowjetischer Politiker zu Sicherheitsfragen systematisch ausgewertet und mit dem erkennbaren außen- und sicherheitspolitischen Handeln der Sowjetunion auf internationaler Ebene verglichen werden. Dabei stößt man sofort auf eine charakteristische Gemengelage in der Argumentation: Die axiomatischen Grundaussagen des »wissenschaftlichen Sozialismus« werden mit der machtpolitischen Bewertung aktueller Entscheidungslagen verbunden und gleichzeitig nach ihrem taktischen Stellenwert für Anhänger und Gegner

¹ Vgl. Beitrag Arlt, S.92 f.

gewichtet. Um langfristiges ideologisches Vorverständnis, machtpolitisches Kalkül und taktische Flexibilität miteinander zu verrechnen, werden deshalb im gerafften Rückgriff auf die beiden zentralen Lernphasen existenzieller Bedrohung für die Sowjetunion, den Bürgerkrieg (1918–1922) und den »Großen Vaterländischen Krieg« (1941–1945), langfristige Kontinuitäten und situationsabhängige Anpassungen von sicherheitspolitischer Theorie und Praxis herauszufiltern versucht. Dabei wird gerade für die Zeit der Anti-Hitler-Koalition zwischen 1941 und 1945 der Nachweis zu führen sein, wie weitgehend die Konfliktlagen der Nachkriegsentwicklung bereits in der Zeit der Ost-West-Zusammenarbeit angelegt waren, ohne daß sie zwingend im Kalten Krieg ausmünden mußten.

1. Die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik als »ideologischer Realismus«

Eine Außenpolitik, die sich wie die sowjetische als Instrument zur Durchsetzung eines geschlossenen revolutionären Gesamtkonzepts begriff, forderte politische wie wissenschaftliche Analytiker immer wieder zur Bestimmung ihres Grundcharakters heraus. Wies sie sich als ideologisch-programmatisch fixierte Vollstreckerin einer wissenschaftlich begründeten, revolutionären Weltmission aus, deren zeitbedingte Wendungen lediglich taktische Umwege zum unverrückbar festliegenden Endziel darstellten? Oder setzte sie gerade in ihrer stalinistischen Spielform nur die traditionelle Expansionspolitik petrinisch-zaristischen Zuschnitts mit den Mitteln pragmatischer Machtpolitik unter ideologisch-kämpferischer Verbrämung fort? Der Versuch einer Vorklärung ist deshalb so bedeutsam, weil beide analytischen Ansätze schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit Pate standen bei der Perzeption der Sowjetmacht durch ihre westlichen Kontrahenten und deren Gegenstrategien des Containments bzw. Roll Backs maßgeblich beeinflussten.

Im Blick auf die zurückliegenden zwei Jahrhunderte russischer Großmachtpolitik gewann der amerikanische Diplomat in Moskau und spätere Planungschef im State Department, George Kennan, schon im Mai 1945 den Eindruck, daß bei westlichen Beobachtern »der Zusammenhang zwischen der Russischen Revolution und der westlichen Expansionspolitik der Zaren zu wenig beachtet« werde². In seinem berühmt gewordenen »Long Telegram« beschrieb er daher das Sowjetsystem als Fortsetzung des zaristischen Polizeistaates, der sich aus Furcht und Mißtrauen gegenüber dem Westen einer Politik der absoluten Sicherheit, jenem »ruhelosen russischen Nationalismus«, verschrieben habe, dessen Expansionismus von Stalins Sowjetimperium nunmehr nur im »neuen Gewand des internationalen Marxismus« weitergeführt werde³. Riegelte man diesen Expansionsdrang durch eine Politik der Eindämmung in seiner gewonnenen Einflußsphäre ab, dann würde sich der Realist Stalin nach einem Lern- und Abnutzungsprozeß schließlich wie seine zaristischen Vorläufer in das internationale System reintegrieren lassen.

Demgegenüber gewann im Zuge eines sich auch ideologisch aufheizenden Ost-West-Konflikts eine konkurrierende Denkschule in Washington an Einfluß, die hinter

² Rußlands internationale Stellung am Ende des Krieges gegen Deutschland, Mai 1945, in: Kennan, Memoiren, S. 535–551, Zitat auf S. 537.

³ Kennan aus Moskau, 22. 2. 1946, ebd., S. 552–568, Zitate auf S. 557.

den einzelnen Erfolgen des Kommunismus eine Art »Meisterplan« weltrevolutionären Zuschnitts und gesteuert von seinem Moskauer Zentrum aus vermutete, der sich zur Einschläferung der westlichen Widerstandskraft lediglich taktischer Atempausen bediente. Ihr Hauptvertreter wurde der Außenminister der frühen Eisenhower-Ära, John Foster Dulles, der seine Diplomaten durch das Studium der marxistisch-leninistischen Klassiker gegen die Fallstricke des Stalinschen »Zickzack-Kurses« zu wappnen suchte, mit dem der Diktator seinen weltrevolutionären Expansionsdrang taktisch virtuos an die Erfordernisse der Tagespolitik anzupassen verstand⁴. So gesehen konnte auch die amerikanische Globalstrategie nicht bei einer rein defensiven Eindämmung stehenbleiben, sondern mußte einen prinzipiell unversöhnlichen Gegner letztlich aus seinen vorgeschobenen Positionen wieder in seinen Kernraum zurückzudrängen versuchen.

Die historische Analyse hat sich indes bei allen individuellen Schattierungen inzwischen überwiegend Forschungsansätzen zugewandt, die als eigentliches Charakteristikum sowjetischer Außen- und Sicherheitspolitik ihre Mehrdimensionalität herausarbeiten. In der personalisierenden Variante der »Kremlastrologen« wurde versucht, die offenkundigen Widersprüche zwischen revolutionärer Theorie und machtpolitischer Praxis durch Gruppenkämpfe innerhalb des sowjetischen Machtzentrums zwischen »Dogmatikern« und »Pragmatikern«, »Falken« und »Tauben«, aufzulösen. Ohne die permanenten Positionskämpfe im Machtapparat ehemals sozialistischer Staaten geringzuachten: gerade für das hohe Maß an Kontinuität im außenpolitischen Denken und Handeln bieten sie kein hinreichendes Erklärungsmuster. Plausibler erscheint es vielmehr, in den personellen Auseinandersetzungen immer zugleich auch Differenzen über notwendige oder zweckmäßige Anpassungen langfristiger ideologischer und machtpolitischer Ziele an gewandelte internationale Herausforderungen zu sehen.

In diesem Rahmen lassen sich dann auch die Diskrepanzen zwischen Theorieabhängigkeit und Realitätsbezug auflösen, wie dies in der Formel vom »ideologischen Realismus« begrifflich zu fassen versucht wurde⁵. Versteht man nämlich den Theoriebezug nicht vordergründig als operatives außenpolitisches Programm unbedingter Verbindlichkeit, sondern als langfristiges und umfassendes Analyseinstrument, dessen sich sozialistische Führungskader als eines zuverlässigen, weil »wissenschaftlich« fundierten Wegweisers zur Einordnung von Veränderungen im internationalen System bedienten, dann fügen sich Kontinuitäten und Anpassungen auch besser ineinander, als dies früheren Zugriffen mit der Unterschätzung oder Überbewertung des Verhältnisses von Theorie und Praxis gelingen konnte.

Die Besonderheit der Außen- und Sicherheitspolitik Stalins besteht darin, daß er in seiner Person ideologisch-revolutionäre und imperial-nationalstaatliche Elemente zu einer wirkungsvollen Synthese zu verschmelzen verstand. Sie erhielt Moskau als Zentrum einer internationalistischen Weltbewegung mit allen ihren operativen Möglichkeiten, ohne es seiner nationalen Bewegungsfreiheit zu berauben. Gerade in der Anwendung auf die Sicherheits- und Deutschlandfrage erlaubte dies jenes hohe Maß an taktischer Flexibilität im Spiel mit mehreren Optionen, beließ die sowjetische Politik wegen ihrer Mehrdeutigkeit aber auch im Zwielficht westlichen Mißtrauens, das in der Endabrech-

⁴ Vgl. Berding, Dulles.

⁵ Weingartner, Außenpolitik, S. 10.

nung bei allen kurzfristigen Erfolgen letztlich gegen ihr vorrangiges sicherheitspolitisches Interesse ausschlug, weil es die bekämpfte westliche Blockbildung mehr förderte als bremste.

Ideologische Vorgaben und Widersprüche

Die bolschewistischen Sieger der russischen Oktoberrevolution sahen sich sofort vor das Dilemma gestellt, daß sie in Lenins Imperialismustheorie und deren Voraussagen über ein an seinen immanenten Widersprüchen zugrundegehendes kapitalistisches Welt-system zwar über ein umfassendes Erklärungsmodell, nicht aber über operable Strategien für die drängenden Tagesprobleme einer innerlich ungefestigten Räterepublik mit ihrer doppelten Erblast verfügten: der Machtübernahme in einem ökonomisch rückständigen Land, das zudem im Gefolge seiner militärischen Niederlage und seiner revolutionären Umbrüche der Auflösung seiner staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen entgegentrieb. Dies war solange hinnehmbar, wie man den eigenen Anfangserfolg lediglich als »Signal für die Auslösung des revolutionären Krieges in aller Welt«⁶ einschätzte. Die damit verbundene Hoffnung, den Weltkrieg in einen globalen Bürgerkrieg überleiten zu können, mußte freilich in dem Moment zur zusätzlichen Belastung werden, da sich die sowjetische Führung auf ein längeres Nebeneinander gegensätzlicher Staats- und Gesellschaftssysteme einzurichten hatte. Dann verschärfte nämlich die eigene »Kriegserklärung« an den Imperialismus dessen Gegenwehr und drohte die junge Sowjetrepublik international zu isolieren.

Das führte schon Anfang 1918 bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk zur Durchsetzung von Lenins Forderung nach einer »Atempause« für den Sowjetstaat, selbst auf Kosten seiner zeitweiligen Kapitulation vor dem militärisch überlegenen Deutschen Reich. Er wandte sich damit gegen die Befürworter eines »revolutionären Krieges« und setzte eine ersten Anpassung der grundsätzlich beibehaltenen weltrevolutionären Theorie an die Notwendigkeiten des aktuellen Überlebenskampfes durch⁷. Mochte dies noch als vorübergehende Aushilfe erscheinen, um die erwartete kurze Zeitspanne bis zum Ausbrechen der Revolution in Westeuropa zu überbrücken, so forderte deren Ausbleiben wie die verheerende Zerrüttung des Wirtschaftslebens nach dem mühsamen Sieg im Bürgerkrieg gebieterisch eine Überprüfung der eigenen Aktionsmöglichkeiten innerhalb eines längerfristig nichtrevolutionären Umfeldes. Als Ergebnis dieser Bestandsaufnahme entwickelte Lenin 1920/21 die Grundlagen für das charakteristische Nebeneinander von theoretischer Analyse und praktischer Umsetzung in der weiteren sowjetischen Sicherheitspolitik.

Die Reaktionen der kapitalistischen Welt auf die revolutionären Herausforderungen 1917/18 hatten seine Grundannahme bestätigt, daß die weltpolitischen Gegner nicht zur Hinnahme der revolutionären Umwälzungen bereit waren. Die Nutzung der militärischen Schwäche Rußlands 1918 durch die Deutschen, das Eingreifen der Westalliierten

⁶ Geyer, Voraussetzungen, S. 28.

⁷ Zu den internen Auseinandersetzungen um den Vertragsabschluß vgl. Hahlweg, Diktatfrieden.

in den Bürgerkrieg und die Niederschlagung aller Versuche eines Weitertreibens der Revolution im Nachkriegseuropa verfestigten somit das Axiom von unaufhebbaren Systemantagonismen als Kontinuum künftiger internationaler Beziehungen. Vorerst konnte freilich keine Seite ihre langfristigen Endziele einer globalen Revolutionierung bzw. antirevolutionären Revidierung der bestehenden Machtverhältnisse durchsetzen. Die Unfähigkeit der Westmächte, im Bürgerkrieg eine dauerhafte Interventionsfront zusammenzuhalten, und ihre konfliktgeladenen Beziehungen zu den besiegten, nichtsaturierten Mächten des Weltkrieges schienen wohl die prognostizierten Grundwidersprüche einer spätkapitalistischen Konkurrenzordnung zu manifestieren. Ihre aktive internationale Nutzung ließen die wirtschaftlichen Kosten des Bürgerkrieges dagegen nicht zu, machten vielmehr den »Primat des Überlebens«⁸ für den Sowjetstaat zum Gebot der Stunde. Die sowjetische Politik hatte sich mithin auf »ein gewisses, in höchstem Grade unbeständiges, aber gleichwohl unzweifelhaftes, unbestreitbares Gleichgewicht« einzustellen⁹.

Instrumente des außen- und sicherheitspolitischen Handelns

Hatte Lenin in seinen letzten aktiven Jahren noch die theoretischen Anpassungen an eine seit 1917 veränderte Weltlage vorgenommen, so entwickelte Stalin in der Folgezeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges daraus das operative außen- und sicherheitspolitische Instrumentarium für die Sowjetunion. Dazu setzte er gegen Trockijs Überlegungen von einer »permanenten Revolution« den von Lenin eingeleiteten Vorrang einer Stabilisierung des Erreichten und seiner sicherheitspolitischen Abschirmung in die Praxis um. Ganz im Sinne der Leninschen Warnungen vor »revolutionären Phrasen« erteilte er seinem innerparteilichen Gegenspieler und dessen »Universaltheorie des gleichzeitigen Sieges der Revolution in den ausschlaggebenden Ländern Europas« eine strikte Absage. Gegen diese »künstliche, lebensunfähige Theorie« setzte er für die schwer einschätzbare Übergangszeit bis zu einem allgemeinen revolutionären Umbruch darauf, »daß die Entwicklung der Weltrevolution, der Prozeß des Ausscheidens einer Reihe neuer Länder aus dem Imperialismus, sich umso schneller und gründlicher vollziehen wird, je schneller sich der Sozialismus im ersten siegreichen Land festigen wird«¹⁰. Das Fernziel brauchte darum nicht aufgegeben zu werden. Mit dem vorerst allein erreichbaren »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« war aber für die Durststrecke bis dahin eine zweckmäßige Strategie der Konzentration auf das Machbare gefunden.

Damit verbunden war eine erhebliche Radikalisierung der alle Politikbereiche durchdringenden, absoluten Sicherheitsdoktrin des von Feinden umringten, auf sich allein gestellten Sowjetstaates. Die durchgängige Grundströmung des Bedrohtseins trotz aller Wendungen der internationalen Politik, solange die Übergangsphase des Nebeneinanders von Sozialismus und Kapitalismus nicht durchschritten war, spiegelte sich wider in

⁸ Vgl. dazu die immer noch eingängigste Interpretation bei Geyer, Voraussetzungen, S. 30–40.

⁹ Lenin, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik, 23. 12. 1921, zit. ebd., S. 42.

¹⁰ Stalin, Oktoberrevolution, S. 42.

einem weit über herkömmliche Militärpolitik hinausreichenden, auch die Felder der Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dominierenden Sicherheitsdenken. Die wiederholten Säuberungen von Partei, Staat und Armee wie die parallelen Erziehungsstrategien zum »Sowjetpatriotismus« dienten dem einen zentralen Ziel: den inneren Zusammenhalt durch die Ausmerzung potentieller Opponenten und die Motivierung der Anhänger zu stärken. Zusätzlich mobilisierte das von der Propaganda permanent verbreitete Bild drohender Kriegsgefahr, das in den Herausforderungen des internationalen Systems durch die nichtsaturierten Mächte Japan, Italien und Deutschland seit Beginn der 30er Jahre seine äußere Bestätigung erfuhr, alle Energien für jene nachholende wirtschaftliche Modernisierung mit ihrem sicherheitspolitisch bestimmten Vorrang für die Schwerindustrie seit 1927¹¹.

Das Bewußtsein von der eigenen ökonomischen und technologischen Rückständigkeit als Achillesferse des jungen Sowjetstaates hatte schon Lenin zur Begründung für seinen geschmeidigeren außenpolitischen Kurs zu schärfen versucht: »Solange wir nicht die ganze Welt erobert haben, solange wir wirtschaftlich und militärisch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an die Regel zu halten, daß man es verstehen muß, sich die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Imperialisten zunutze zu machen¹².« Sein Außenminister Čičerin hatte dies mit seiner programmatischen Erklärung von der »Parallelexistenz der alten und der im Werden begriffenen neuen sozialen Ordnung«¹³ international umgesetzt im Konzept der »friedlichen Koexistenz« unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Damit war eine Doppelstrategie gefunden, die entspanntere internationale Beziehungen als Vorbedingung für den dringend benötigten Wirtschaftsaustausch mit dem Westen erlaubte, ohne die eigene Überzeugung von der grundsätzlichen Unvereinbarkeit der Systeme und den Fortschrittsglauben an den schließlichen Sieg des revolutionären Sozialismus aufgeben zu müssen.

Das ergab jene charakteristische Aufgabenverteilung zwischen der amtlichen sowjetischen Außenpolitik und dem Vorgehen der externen Parteien in der Kommunistischen Internationale (Komintern) seit den 20er Jahren. Von ihrem ursprünglichen Selbstverständnis her steuerte die Komintern von ihrer sowjetischen Basis aus den revolutionären Internationalismus. Sie ließ sich von Stalin jedoch zunehmend mit dem Argument zum zusätzlichen Sicherheitsinstrument der sowjetischen Politik deformieren, der weltrevolutionäre Enderfolg hänge davon ab, daß man die Stärkung seiner aktivsten sowjetischen Stoßbrigade international abzusichern half¹⁴. Das aber hieß, daß jeder revolutionäre Aktionismus zur Unzeit zurückzutreten hatte vor dem dominierenden Ruhebedürfnis der Sowjetunion in ihrer Wiederaufbau- und Industrialisierungsphase¹⁵.

Das geschärfte Risikobewußtsein der sowjetischen Führung hinderte sie andererseits nicht an der operativen Umsetzung der bereits zitierten, weiteren Maxime Lenins, daß

¹¹ Vgl. v. Boetticher, Industrialisierungspolitik.

¹² Rede Lenins vom 26. 11. 1920, zit. nach Grottian, Planwirtschaft, S. 320.

¹³ Čičerins Erklärung vom 22. 4. 1922, zit. nach Geyer, Voraussetzungen, S. 42.

¹⁴ Vgl. Pirker, Komintern.

¹⁵ Vgl. Jacobsen, Primat, S. 213–269.

man in der Zeit der eigenen Schwäche die Widersprüche im Lager der Gegner virtuos nutzen müsse. Für die sowjetische Deutschlandpolitik resultierten daraus bereits in der Zwischenkriegszeit die beiden Optionen einer Zusammenarbeit *mit* dem Deutschen Reich gegen den Westen oder einer Eindämmungspolitik gemeinsam mit dem Westen *gegen* Deutschland¹⁶. Während des Kalten Krieges sollte sich dazu als weitere Variante eine Neutralisierung zwischen den Blöcken gesellen, die dem Westen wenigstens den Zugriff auf das deutsche Potential zu verbauen suchte, wenn man es schon nicht vollständig auf die eigene Seite zu ziehen vermochte. Gegen jede deutschlandzentrische Sicht muß dabei aber von vornherein festgehalten werden, daß die deutsche Frage vor wie nach 1945 im sowjetischen Kalkül immer eine abhängige Größe der umfassenderen Ost-West-Auseinandersetzung bildete. Ob man zur Durchbrechung der eigenen internationalen Isolierung — wie in den 20er Jahren — die Karte der Zusammenarbeit spielte oder ob man sich — wie in den 30er Jahren — zur Absicherung gegen den nationalsozialistischen Expansionismus in ein Konzept der kollektiven Sicherheit einbrachte, hing jeweils vom Zustand der sowjetischen Westpolitik wie von der Einschätzung ihrer Sicherheitsgefährdung ab.

2. Dauerhafte Weltordnung oder Koalition auf Zeit? Die Grundlegung der Nachkriegsordnung im Zweiten Weltkrieg

Der untrennbare Zusammenhang von sowjetischer West- und Deutschlandpolitik kennzeichnete auch die Haltung der Sowjetunion in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges 1938/39. In seiner umfassenden Lageanalyse vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU am 10. März 1939 sah Stalin die Leninsche Annahme von den Grundwidersprüchen im imperialistischen Lager aus der Frontstellung zwischen den Westmächten und dem deutsch-italienisch-japanischen Expansionismus einmal mehr glänzend bestätigt¹⁷. Es galt daher, die eigene Rolle für den Fall eines wahrscheinlich gewordenen, neuen Weltkrieges zu bestimmen. Die Zugeständnisse der Westmächte an Hitler bei der Münchener Konferenz von 1938 hatten die Wirkungslosigkeit der bisher verfolgten Politik kollektiver Sicherheit als Eindämmungsinstrument offenkundig gemacht. Stalin trieb sogar das Trauma eines deutsch-britischen Arrangements um, das versuchen mochte, die deutsche Dynamik gegen die Sowjetunion abzuleiten.

Sein Schwenk zurück in die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich gewann mit der deutschen Bereitschaft, sowjetischen Sicherheitsinteressen im Baltikum und in Ostpolen weit entgegenzukommen, zusätzliche Attraktivität, während er aus einem Arrangement mit den Westmächten nur die undankbare militärische Hauptlast eines europäischen Krieges auf sich zukommen sah¹⁸. In der Stalinschen Risikoabwägung sprach

¹⁶ Eine durchgängige Strukturierung dazu hat Pfeiler, Deutschlandpolitische Optionen, vorgenommen.

¹⁷ Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU (B), 10. 3. 1939, in: Stalin, Kampf, S. 216–230.

¹⁸ Vgl. Schützler, Verhandlungen der Sowjetunion, S. 1716–1742; dagegen neuerdings: Manne, Foreign Office, S. 725–755.

im Sommer 1939 mithin einiges dafür, durch das Spielen der deutschen Karte freie Hand zu behalten, um den geeigneten Zeitpunkt selbst wählen zu können, an dem er das eigene Gewicht in die Waagschale werfen und gegenüber den bereits erheblich abgenutzten Kontrahenten zum ausschlaggebenden Faktor werden konnte¹⁹.

Die »unheilige Allianz« mit Hitler warf in der Tat zunächst die erwarteten Früchte ab. In ihrer osteuropäischen Einflußsphäre vermochte sich die Sowjetunion ein strategisches Vorfeld zu sichern, ohne darüber die Fäden zu den Westmächten ganz abreißen zu lassen. Nicht vorhergesehen war dabei allerdings der überraschend schnelle Zusammenbruch Frankreichs, der das Deutsche Reich zur dominierenden Kontinentalmacht aufsteigen ließ. Solange indes England auf den britischen Inseln und im Mittelmeerraum weiteren Widerstand leistete, hielt die sowjetische Führung an ihrer Einschätzung fest, daß Hitler das Risiko eines Zweifrontenkrieges scheuen werde. Am 22. Juni 1941 mußte sich Stalin nach dem deutschen Überfall indes eingestehen, daß sein Kalkül nicht aufgegangen war. Hitler erwies sich nicht nur nicht als der kongeniale kühle Rechner, der wie der sowjetische Diktator das überhöhte Risiko eines Zweifrontenkrieges unter allen Umständen zu vermeiden suchte. Stalin hatte wohl auch den überragenden Stellenwert eines »Ostimperiums« als eigentliches Eroberungsziel der nationalsozialistischen Außenpolitik²⁰ nicht hinlänglich in Rechnung gestellt.

Mißtrauische Partnerschaft: der Verdacht gegen ein Doppelspiel des Westens

Die existentielle Krise, in die sich die Sowjetunion durch den deutschen Angriff vom Sommer 1941 gestürzt sah, forderte gebieterisch ein Zusammengehen mit den Westmächten. In einem Kraftakt sondergleichen gelang zwar die Verlagerung wesentlicher Teile der sowjetischen Rüstungsindustrie vor dem Zugriff der Deutschen in den Osten. Die eigene Industriekapazität würde aber schwerlich ausreichen, um auf sich allein gestellt einen langen Abnutzungskrieg mit dem nationalsozialistischen Deutschland durchzustehen, das sich der Hilfsquellen des übrigen europäischen Kontinents bedienen konnte. Außerdem brauchte die schwer angeschlagene Rote Armee dringend die Ablenkung wenigstens eines Teils der gegnerischen Kräfte auf andere Fronten.

Das gemeinsame Ziel, die Achsenmächte niederzuringen, ließ dennoch nicht übersehen, daß die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition von 1941 bis 1945 zu einem »seltsamen Bündnis«²¹ zusammengezwungen waren. Schließlich war das angesammelte Konfliktpotential aus den wechselhaften Beziehungen seit 1917 nicht abgebaut, sondern durch die gemeinsame Gefahr lediglich überlagert worden. Dem Westen hatte Stalins kalkulierte Chancenausnutzung der Jahre 1939 bis 1941 im Bunde mit Hitler eben erst Anschauungsunterricht über die Schwierigkeit geliefert, die Sowjetunion als berechenbaren Partner dauerhaft in die internationale Ordnung einzugliedern. Umgekehrt warnte der sowjetische Botschafter in

¹⁹ Zur Entstehungsgeschichte und Einschätzung des Hitler-Stalin-Pakts: Hillgruber/Hildebrand, Kalkül; Fleischhauer, Pakt.

²⁰ Vgl. Hillgruber, Endlösung, S. 133–153.

²¹ So die Charakterisierung durch den ehemaligen US-Militärattaché in Moskau, vgl. Deane, Bündnis.

London, Ivan Maiskij, daß England versucht sein könnte, seine traditionelle kontinentale Koalitionsstrategie wiederaufzunehmen und dem sowjetischen Verbündeten nunmehr »die Hauptlast des Krieges aufzubürden«²². Was hinderte schließlich die Briten daran, ihrerseits die Rolle des halbherzig engagierten Zuschauers im deutsch-sowjetischen Ringen zu übernehmen, die von der Sowjetunion in der ersten Kriegsphase gespielt worden war?

Der nie auszuräumende Verdacht gegen die Motive der Verbündeten erhielt in den militärisch schwierigen Jahren 1941 bis 1943 ständig neue Nahrung durch die Auseinandersetzungen um die Eröffnung einer »zweiten Front« gegen die Deutschen in Europa²³. Hier wie bei anderen Konflikthanlässen wurde als eine grundlegende Schwierigkeit im Umgang Stalins mit seinen Verbündeten dessen völlige Unkenntnis des Westens, seiner Institutionen und seiner Mentalitäten sichtbar. Seine eigene Skrupellosigkeit beim Einsatz des russischen Volkes machte es ihm unmöglich, im westlichen Zurschrecken vor überhöhten Verlusten bei einer verfrühten Invasion — einem Reflex auf die öffentliche Kritik an den Massenverlusten des Ersten Weltkrieges — etwas anderes als Ausflüchte oder pures Interessenkalkül zu erblicken²⁴.

Der sogenannte »Berner Zwischenfall« vom April 1945 — die separaten Verhandlungen der Westmächte über eine Teilkapitulation der Wehrmacht in Oberitalien — war für die sowjetische Führung daher ein weiteres Indiz dafür, daß ihre westlichen Verbündeten den Deutschen noch in letzter Stunde die Chance für eine Verschiebung umfangreicher Verbände an die Ostfront einräumen wollten. Das fügte sich nahtlos in die bisherige Linie einer verzögerten Fronteröffnung in Westeuropa ein, forderte es der Roten Armee doch weiterhin überhöhte Menschenverluste ab und öffnete den anglo-amerikanischen Armeen den Weg nach Mitteleuropa²⁵. In die gleiche Richtung deutete nach sowjetischer Einschätzung auch der britische Versuch, über die Regierung Dönitz in Flensburg noch über das Kriegsende hinaus »verschiedene deutsche Militär- und Parteien für eine künftige Verwendung«²⁶ zusammenzuhalten.

Die sowjetischen Kriegsziele: unbedingte Sicherheit und globale Ebenbürtigkeit

In einer so problemgeladenen Partnerschaft wie der Anti-Hitler-Koalition stellte das fortdauernde Mißtrauen an sich nichts Ungewöhnliches dar. Ob es sich indes von der unterschwelligen Begleitmelodie zum dominanten Leitmotiv in den Ost-West-Bezie-

²² Maiski, *Memoiren*, S. 636, 716 f. und 735, sowie Gespräch Stalins mit US-Botschafter Harriman, 29. 9. 1941, in: Harriman/Abel, *Special Envoy*, S. 89.

²³ Vgl. Stoler, *Politics*.

²⁴ Beispielhaft dafür ist seine Kritik am zeitweiligen Stopp von Kriegslieferungen über das Eismeer: »Aber in Kriegszeiten kann keine große Aufgabe ohne Risiko und Verluste durchgeführt werden. Ihnen ist natürlich bekannt, daß die Sowjetunion unvergleichlich größere Verluste erleidet.« Stalin an Churchill, 23. 7. 1942, Briefwechsel Stalins, S. 70.

²⁵ Der scharfe Ost-West-Briefwechsel vom März/April 1945 ist abgedruckt bei Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd 6/2, S. 123–132; zu der »schweren Vertrauenskrise« vgl. auch Hansen, *Ende*, S. 75 f.

²⁶ So Radio Moskau, 17. 5. 1945, KAG 1945, S. 231 C; vgl. auch Hansen, *Ende*, S. 194 f., und Belezki, *Politik*, S. 15.

hungen auswachsen würde, mußte vom Interessenausgleich in den konkreten Sachproblemen abhängen. Frühzeitig mahnte Stalin daher bei seinem britischen Verbündeten Klarheit über die Kriegsziele an, da sich sonst »auch kein gegenseitiges Vertrauen« entwickeln könne²⁷. Darunter verstand die sowjetische Führung in erster Linie die Befriedigung ihres durch den deutschen Überfall noch gewachsenen Sicherheitsbedürfnisses.

Das hieß zunächst einmal, daß die Zugangswege zum europäischen Kerngebiet der Sowjetunion über Polen und das Baltikum dauerhaft unter eigener Kontrolle verbleiben mußten. Die Anerkennung der gewonnenen Sicherheitszone aus den Jahren 1939 bis 1941 blieb daher über alle Wechselfälle der Koalition mit den Westmächten hinweg das zäh verteidigte vorrangige Kriegsziel in Osteuropa. Die militärischen Rückschläge des Jahres 1941 zwangen zwar erst einmal zu einer hinhaltenden Taktik bei der Verfolgung dieses Interesses, exemplarisch ablesbar an der Vertagung der Grenzfrage gegenüber der polnischen Exilregierung in London²⁸. Der Wunsch nach materieller Hilfe durch die Westalliierten machte zudem ein formales Eingehen auf deren Forderung nach einer generellen Absage an territoriale Veränderungen notwendig, wie sie im Sommer 1941 von Roosevelt und Churchill in der »Atlantik-Charta« fixiert worden war. Stalin legte sich daher öffentlich darauf fest, weder »die Eroberung fremder Gebiete oder die Unterwerfung fremder Völker«, noch die Übertragung des eigenen Systems auf die zu befreienden osteuropäischen Staaten anzustreben²⁹.

Gerade die ohne sowjetische Beteiligung zustandegekommene amerikanisch-britische Bestimmung der Kriegsziele dürfte allerdings auch die sowjetische Haltung zusätzlich bekräftigt haben, daß die eigene Sicherheit letztlich dauerhaft nur über eine Politik der Autonomie und Autarkie zu garantieren war. Kaum begann sich die militärische Lage daher im Dezember 1941 zu verbessern, als Stalin den britischen Außenminister Eden zur Unterzeichnung eines Geheimprotokolls zu bewegen suchte, das in seiner Form fatal an sein Arrangement mit Hitler im Sommer 1939 erinnerte. In ihrer Substanz liefen die sowjetischen Vorschläge auf eine gemeinsam kontrollierte Nachkriegsordnung durch Großbritannien in West- und die Sowjetunion in Osteuropa hinaus, beide Einflußsphären getrennt durch eine mitteleuropäische Pufferzone, in der die eigenen kleineren Verbündeten auf Kosten Deutschlands verstärkt werden sollten. Deutliche Vorbehalte meldete die sowjetische Seite dagegen schon jetzt gegen britische Überlegungen an, dieses Zwischeneuropa über regionale Konföderationen zusätzlich zu stabilisieren, da dahinter nicht ganz zu Unrecht die Wiederbelebung eines gegen Deutschland und die Sowjetunion gleichermaßen gerichteten Cordon sanitaire aus der Zwischenkriegszeit vermutet wurde³⁰.

²⁷ Stalin an Churchill, 8. 11. 1941, Briefwechsel Stalins, S. 41 f.

²⁸ Vgl. die Gespräche des sowjetischen Botschafters in London, Maiskij, mit dem polnischen Exilpremier Sikorski und dem britischen Außenminister Eden, 5. und 11. 7. 1941, DPSR 1, S. 118 bzw. 128 f.

²⁹ Rede vom 6. 11. 1941, Stalin, Kampf, S. 239; vgl. auch seine Mahnungen zu politischer Zurückhaltung an die osteuropäischen Kommunisten 1942/43, Mastny, Moskaus Weg, S. 80 f.; zu den sowjetischen Problemen mit der Atlantikcharta: Schröder, Von der Anerkennung, S. 183 f.

³⁰ Die Eden-Reise nach Moskau vom 16.–20. 12. 1941 ist dokumentiert in: DDP I, S. 592–615, sowie FRUS 1941, I, S. 199 f., und 1942, III, S. 499 f.; vgl. auch Kettenacker, Krieg, S. 118 f.; Fischer, Deutschlandpolitik, S. 30 ff.; Resis, Spheres, S. 431–435.

In solcher Eindeutigkeit wie bei diesem ersten Treffen mit einem führenden Politiker des Westens hat Stalin danach nie wieder sein sicherheitspolitisches Gesamtprogramm im Zusammenhang skizziert. Seine Einzelbausteine lassen sich aber in situationsbedingten taktischen Abwandlungen über 1945 hinaus verfolgen. Die Existenzgefährdung im Kriege hatte die Notwendigkeit zum zeitweiligen Bündnis mit dem Westen erforderlich gemacht. Die dazu nötige Kompromißfähigkeit fand jedoch ihre Grenze am eigenen Sicherheitskalkül. In einer Weltordnung unterschiedlicher Systeme war dies am besten gewährleistet durch die gegenseitige Respektierung unverletzlicher Sicherheitszonen und die autonome Verfügbarkeit über alle sicherheitspolitischen Instrumentarien. Dazu dienten eine Interessenabgleichung in Einflußsphären und die Forderung nach materieller Wiedergutmachung durch die Kriegsgegner als Basis für die Wiedergewinnung der eigenen Wirtschafts- und Rüstungsautonomie. Die territorialen Komponenten dafür bildeten die Anerkennung der sowjetischen Grenzen von 1941, verbunden mit einer Westverschiebung Polens und einer dauerhaften Schwächung Deutschlands, sowie die Etablierung freundlich gesinnter Regierungen im eigenen osteuropäischen Vorfeld, die einer antisowjetischen Blockbildung analog zur Zwischenkriegszeit vorbauen sollten.

Die Nagelprobe darauf, ob die Sowjetunion durch Befriedigung legitimer Sicherheitsinteressen aktiv in eine gemeinsame Nachkriegsordnung zu integrieren war, sah US-Präsident Roosevelt allerdings von der sowjetischen Bereitschaft zur Mitarbeit in einer reformierten Weltorganisation abhängig. Um ihr das Schicksal des sicherheitspolitisch ineffizienten Völkerbundes zu ersparen, wollte er sein System einer globalen Rüstungsbeschränkung durch eine Verantwortungsgemeinschaft von vier »Weltpolizisten« — den Großmächten USA, UdSSR, Großbritannien und China — abgesichert sehen. Da damit eine klare Übertragung regionaler Vorrangstellungen verbunden sein sollte, Roosevelts Grundgedanke mithin kompatibel mit den sowjetischen Wünschen nach einer autonomen Sicherheitssphäre war, gab Stalin über seinen Außenminister Molotov schon im Sommer 1942 grundsätzlich grünes Licht für das Projekt³¹. Die Mitwirkung am künftigen globalen Sicherheitsverbund der Vereinten Nationen blieb für die sowjetische Führung jedoch an zwei wesentliche Voraussetzungen geknüpft: die Bereitschaft des Westens, die Sowjetunion als ebenbürtigen Partner zu akzeptieren und ihre sicherheitspolitische Autonomie durch den Schutz vor einer Majorisierung innerhalb der Weltgemeinschaft zu respektieren.

Das Verlangen nach einem angemessenen internationalen Handlungsrahmen als Resultat des eigenen Kriegseinsatzes wuchs naturgemäß in dem Maße, wie das militärische Gewicht der Sowjetunion seit der endgültigen Kriegswende von 1942/43 innerhalb der Kriegskoalition zunahm. In Teheran forderte und erhielt Molotov im Dezember 1943 daher von Eden und dem Präsidentenberater Hopkins für die gemeinsame Wahrnehmung künftiger weltweiter Sicherheitsaufgaben zugesagt, »daß unsere drei Mächte befestigte Punkte erhalten, die unter ihrer Kontrolle stehen, und daß ihre Streitkräfte strategische Stützpunkte besetzen, die für die Aufrechterhaltung des Friedens erforderlich sind«³². Das gewachsene weltpolitische Selbstverständnis drückte sich zudem in Forde-

³¹ Vgl. die Unterredungen Molotovs mit Roosevelt während seines Washington-Besuches, 29. 5. bis 1. 6. 1942, FRUS 1942, III, S. 568 f., 572 ff. und 580.

³² Unterredung Molotovs mit Eden und Hopkins, 30. 11. 1943, Teheran, Jalta, Potsdam, Bd 1, S. 120.

rungen aus, die bisherigen Sperren zu den Weltmeeren für die sowjetische Kriegs- und Handelsflotte zu öffnen, die zu diesem Zeitpunkt noch auf grundsätzliches westliches Einverständnis trafen³³.

Das Aufrücken zur Weltmacht in den letzten Kriegsjahren war freilich von wachsenden Kollisionen mit den Westmächten begleitet. Vor allem aus Churchills Sicht häuften sich von Skandinavien über Osteuropa, den Balkan und den Mittelmeerraum bis in den Mittleren Osten die Konfliktpunkte. Verschärft wurden die Spannungen seit der vernichtenden Niederlage der deutschen Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944, als der britische Premierminister »die Russen wie eine Flut über Europa« hereinbrechen und in eine noch dominierendere Vormachtstellung als das geschlagene Deutsche Reich aufsteigen sah³⁴. Noch überwogen indes in den westlichen Außenministerien die Einschätzungen, die das sowjetische Imperium nach dem Krieg vor so enorme Probleme des wirtschaftlichen Wiederaufbaus gestellt sahen, daß sie seine Kriegszielpolitik vorrangig als Versuch der externen Absicherung seiner internen Rekonstruktion bewerteten. Dazu würde die Sowjetunion am Fortbestand entspannter Beziehungen zum Westen interessiert bleiben, dafür aber auf keinen Fall mit Kompromissen auf dem als essentiell betrachteten Felde der Sicherheitspolitik zu bezahlen bereit sein³⁵.

Einen Vorgeschmack darauf hatte schon in den zurückliegenden Jahren die Hartnäckigkeit geliefert, mit der die sowjetische Führung in der Polenfrage taktierte. Als sich an ihr schließlich auch die westliche Haltung versteifte, machte Stalin seinen Partnern ohne Umschweife klar: »Das polnische Problem ist untrennbar von dem der Sicherheit der Sowjetunion«, da dieser »Korridor« zweimal innerhalb einer Generation als »Sprungbrett für einen Überfall auf unser Land« benutzt worden sei³⁶. In Jalta und Potsdam konnte man sich daher noch auf einige kosmetische Verbreiterungen der polnischen Regierung durch bürgerliche Politiker verständigen, eine substantielle Veränderung der sowjetischen Haltung war dagegen nicht zu erreichen. Ähnlich kompromißlos verfocht die sowjetische Führung auch beim Abstimmungsmodus im künftigen Sicherheitsrat der UNO ihr Interesse an einer Vetomöglichkeit für jede Großmacht, um einer möglichen Majorisierung in zentralen Sicherheitsfragen vorzubauen³⁷.

Umgekehrt ließ sich freilich für westliche Analytiker bei der zunehmenden Verbreiterung der sowjetischen Machtbasis als Folge der militärischen Siege immer schwerer

³³ Zur Dardanellen-Frage: Unterredung Churchills mit Stalin, 9. 10., *The Foreign Office and the Kremlin*, S. 178; zu den chinesischen Häfen und Sachalin: Gespräch Harrimans mit Stalin, 14. 12. 1944, Harriman/Abel, *Special Envoy*, S. 379.

³⁴ Gespräch mit seinem Arzt, 4. 8. 1944, Churchill, *Der Kampf ums Überleben*, S. 182.

³⁵ Vgl. Harrimans Bericht aus Moskau und das Positionspapier des Foreign Office »Probable Post-War Tendencies in Soviet Foreign Policy as Affecting British Interests«, 20. bzw. 29. 4. 1944, Harriman/Abel, *Special Envoy*, S. 306, bzw. *The Foreign Office and the Kremlin*, S. 147–151.

³⁶ Stalin an Roosevelt, 27. 12. 1944 und 7. 4. 1945, *DPSR* 2, S. 502 und 562, sowie Stalins Rede bei Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandsvertrages, 21. 4. 1945, Stalin, *Kampf*, S. 260 f.

³⁷ Vgl. das Interview mit dem sowjetischen Diplomaten Litvinov, 6. 10. 1944: Die Forderung nach einem Vetorecht sei »unsere Weise, eine Garantie der Gleichheit zu fordern, eine Garantie gegen Bündnisse, sowie eine Ablehnung des balance of power-Systems«, zit. nach Mastny, *Moskaus Weg*, S. 265.